

GRAZER

www.kpoe-graz.at

# Stadtblatt



Ausgabe 1, Februar 2021 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPÖ** Graz - Gemeinderatsklub

NEUES SOZIALHILFEGESETZ

# Was kommt auf uns zu?

Seite 6-7



**Ehrung für Maria Cäsar:** Der Park am Grünanger erinnert an das Leben und Wirken der großen antifaschistischen Widerstandskämpferin und KPÖ-Aktivistin. Maria Cäsar wurde mit dem Menschenrechtspreis des Landes Steiermark und dem Titel „Bürgerin der Stadt Graz“ ausgezeichnet.



## ZITIERT



„Türkis-Blau hat der KP-Stadträtin das schwierige Verkehrsressort zugeteilt, in der Hoffnung, ihr damit einen Mühlstein umzuhängen. Seit Monaten schießt sich die Koalition auf Kahr ein – offenbar ohne Wirkung.“ Bernd Hecke, Kleine Zeitung, 7.2. 2021.

„Im staatsmonopolistischen Kapitalismus wird mitten im noch neoliberalen Regime der Staat immer unentbehrlicher. Statt Aufschwung oder auch nur Stagnation droht sonst die ökonomische Abwärtsspirale.“ Lukas Zeise, Junge Welt, 24. 12. 2020.

„Die Spekulation mit Grund und Boden ist leicht verdientes Geld. Da werden Äcker um 10, 15 Euro pro Quadratmeter gekauft und nach Umwidmung sind 500 oder 600 Euro drinnen. Ich bin kein Kommunist, aber Grund und Boden gehören an sich der Menschheit, das Thema Privateigentum sollte man daher relativ sehen. Da sollte Spekulation nicht stattfinden.“ Wienerberger-Chef Heimo Scheuch, Kleine Zeitung, 28.12.2020.

„Hätte eine Koalition aus ÖVP und FPÖ all das gemacht, was die machen, würde die Republik schon brennen.“ Landeshauptmann Schützenhöfer über Schwarz/Grün, Kleine Zeitung, 3.1. 2021.

„Die Politik trägt die Verantwortung für einen desaströsen Pflegenotstand – und die Politik stellt sich taub.“ Martin Grubinger, Krone Salzburg, 17.1.2021.

„Die EU wird für mich eine immer größere Enttäuschung.“ Gerhard Roth, News, 15.1.2021.

„Heute verfügt das Pentagon (US-Militär) über rund 750 Auslandsstützpunkte in mehr als achtzig Ländern.“ Daniel Immerwahl, Blätter für deutsche und internationale Politik, 28.1.2021.

# 2,5 Millionen Euro für Menschen in Not KPÖ-PolitikerInnen zwei Drittel ihrer



Robert Krotzer, Elke Kahr und Claudia Klimt-Weithaler legten ihre Gehälter offen.

**Im Dezember 2020 haben Elke Kahr, Robert Krotzer und Claudia Klimt-Weithaler, die Aufzeichnungen über die Verwendung ihrer Gehälter offengelegt. Mit zwei Drittel ihrer Bezüge wird jährlich Menschen in Notlagen geholfen. Mit insgesamt 167.757 Euro konnten 1.577 Familien und Personen unterstützt werden. Seit 1998 sind es 2,5 Millionen Euro.**

Es hat eine lange Tradition, die mit Ernest Kaltenecker begonnen hat. „Wir haben eine Obergrenze bei unseren Gehältern. Das ist uns wichtig, weil wir uns mit unseren Bezügen nicht von der breiten Mehrheit der Bevölkerung abheben möchten“, so Stadträtin Elke Kahr. In den letzten 23 Jahren konnten wir auf diese Weise mehr als 20.000

SteirerInnen helfen. „Gerade in diesen Monaten zeigt sich deutlich, wie wichtig diese rasche und unbürokratische Hilfe ist. Wir suchen in jeder Beratung eine Lösung und versuchen niemand ohne Hoffnung weggehen zu lassen.“

Das geht auch aus den Zahlen hervor: Deutlich mehr Menschen als bisher wurden im vergangenen Jahr mit Ausbildungs- und Schulkosten unterstützt. Die technischen Voraussetzungen für den Fernunterricht (schnelles Internet, Notebooks) stellte

viele Familien vor Probleme. Die Bewältigung der Wohnkosten bereitet den Menschen die größte Sorge. Steigende Mieten und Betriebskosten, befristete Mietverträge, Einstiegskosten, Heizung und Strom. Bei den geringen Pensionen und Gehältern bleibt immer weniger zum Leben.

„Wir sehen täglich, dass es sprichwörtlich darum geht, jeden Euro zweimal umzudrehen. Ist das eine Loch gestopft tut sich das nächste auf. Gut gemeinte Hilfestellungen dauern oft zu lange und wer berufstätig ist, erhält oft gar keine. Deshalb braucht es auch einen Soforthilfefond für alle Grazerinnen und Grazer in Notlagen“, so Elke Kahr.

Robert Krotzer, Stadtrat für Gesundheit und Pflege, der von seinem Einkommen auch Grippeimpfungen für Wohnungslose und Schnelltests für Pflegeeinrichtungen finanziert hat, warnt: „Manche Politiker denken schon



# spenden Gehälter

| Verwendungszweck                                                                            | Betrag           | Unterstützte |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|--------------|
| Unterstützung für Lebensbedarf (enthält auch Bekleidung, Lebensmittel- und Bädergutscheine) | € 61.631         | 791          |
| Mietzinszahlungen (Verhinderung von Delogierungen), inkl. Verfahrenskosten, Anwaltskosten   | € 41.488         | 275          |
| Schule und Kinderbetreuung (enthält Schulveranstaltungen, Computer...)                      | € 5.519          | 41           |
| Wohn-Einstiegskosten (Kautionen, Provisionen, Baukostenbeiträge)                            | € 13.730         | 78           |
| Strom- und Heizkosten                                                                       | € 16.318         | 133          |
| Gesundheit (Spitals- und Arztrechnungen, Heilbehelfe, Medikamente...)                       | € 8.939          | 107          |
| Wohnungssanierungen und Reparaturen                                                         | € 6.187          | 39           |
| ÖV-Tickets, Fahrtkosten                                                                     | € 2.559          | 37           |
| Haushaltsgeräte, Boiler, Möbel                                                              | € 8.245          | 57           |
| Spenden an soziale Initiativen und Vereine                                                  | € 3.141          | 19           |
| <b>Gesamtausgaben für Unterstützungen 2020</b>                                              | <b>€ 167.757</b> | <b>1577</b>  |

über neue Belastungspakete für die breite Bevölkerung nach. Das wäre jetzt der völlig falsche Weg. Ansetzen müssen wir anderswo: Das reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzt unglaubliche 40 Prozent des Gesamtvermögens! Die Superreichen sind in der Krise sogar noch

reicher geworden, während die allermeisten Menschen den Gürtel immer enger schnallen müssen. Das ist nicht gerecht. Dass vor allem die Reichen einen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Kosten leisten müssen, liegt auf der Hand! Auf diese Krise braucht es eine soziale Antwort!“

## MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr

### Was wird werden?

Liebe Grazerin!  
Lieber Grazer!



Die Gesundheitskrise zieht sich weit in das Jahr 2021 hinein. Wie die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise sich entwickeln wird, das kann niemand genau sagen. In diesen unsicheren Zeiten helfen wir von der KPÖ, wo wir können. Anfangen von Gratis-FFP2-Masken, über Hilfe für die konkreten Probleme vieler Menschen bis zum Versuch, aus dem Hin und Her von Bund und Land praktikable Gesundheitslösungen für unsere Stadt zustande zu bringen geben wir unser Bestes. Dabei spüren wir die große Sorge der Menschen. Viele haben schon die Arbeit verloren oder müssen mit weniger Geld auskommen als zu normalen Zeiten. Was wird werden? Das ist die große Frage. Wer trägt die Kosten für das alles? Wird man die Krisengewinner dazu bringen, ihren Beitrag zu leisten? Oder müssen jene, die ohnehin wenig haben, dafür zahlen?

Wir haben Vorschläge für ein gerechteres Zusammenleben. Sie können aber nur dann zur Wirklichkeit werden, wenn die KPÖ auch jene Unterstützung erfährt, die wir für unsere konkrete Hilfe und für unsere Arbeit im Rathaus erfahren haben. Es kommt darauf an, dass Leute, die Macht und Geld haben, nicht alles tun können, was sie wollen. Es muss Maßnahmen im Interesse der Mehrheit geben. Die sind aber nur dann möglich, wenn diese Mehrheit auch ganz klar sagt, wer den Vorrang haben soll: Für mich sind das die Menschen, die in dieser Krise alles am Laufen halten, und nicht die Multimillionäre.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Sie erreichen mich unter Tel. 0316/ 872 2060  
oder 0664 / 1209 700 • E-Mail: [elke.kahr@stadt.graz.at](mailto:elke.kahr@stadt.graz.at)

# MIETER NOTRUF

0316  
71 71 08

KOSTENLOS. TÄGLICH 10-20 UHR.  
AUCH AM WOCHENENDE.



## KLEIN, aber MIT BISS



Mein Nüsse-Management ist weit besser als das Impf-Management von Regierung und EU.

## AUS DEM INHALT

|                                                       |       |
|-------------------------------------------------------|-------|
| Corona-Stundung.....                                  | 4     |
| Maklerprovision abschaffen.....                       | 5     |
| 1.Juli: Sozialhilfe neu.....                          | 6-7   |
| Amazon kommt nach Graz.....                           | 8-9   |
| S-Bahn-Pläne.....                                     | 11    |
| Selbsthilfegruppen.....                               | 12    |
| Interview mit Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer..... | 12-13 |
| Aus dem Gemeinderat.....                              | 14-15 |
| Aus Stadt und Landtag.....                            | 18-19 |
| KSV-Unterstützungsinitiative... ..                    | 20    |
| Lindenwirt.....                                       | 25    |
| Rätsel, Inserate, Impressum, Leserbrief.....          | 26-28 |



# Mietrückstand und Corona-Stundung

**Im April 2020 verkündete die Regierung einen verstärkten Kündigungs- und Räumungsschutz zugunsten von Mietern. Mietzahlungen konnten für April, Mai und Juni 2020 aufgeschoben werden.**

Für Mietrückstände, die wegen coronabedingter Zahlungsschwierigkeiten im zweiten Quartal 2020 (1. April bis 30. Juni) entstanden sind, hat die Regierung Stundungen ermöglicht: Bei Nichtbezahlung dieser Rückstände darf der Vermieter erst ab 1. Juli 2022 kündigen.

Allerdings: bereits ab 1. April 2021 darf der Vermieter diese Rückstände inklusive vier Prozent Verzugszinsen einklagen.

Das bedeutet in der Praxis, dass viele Mieter, die mit Gerichts- und Anwaltskosten konfrontiert werden, „einver-

nehmliche“ Kündigungen unterschreiben und so ihre Wohnungen schon vor dem 1. Juli 2022 verlieren werden.

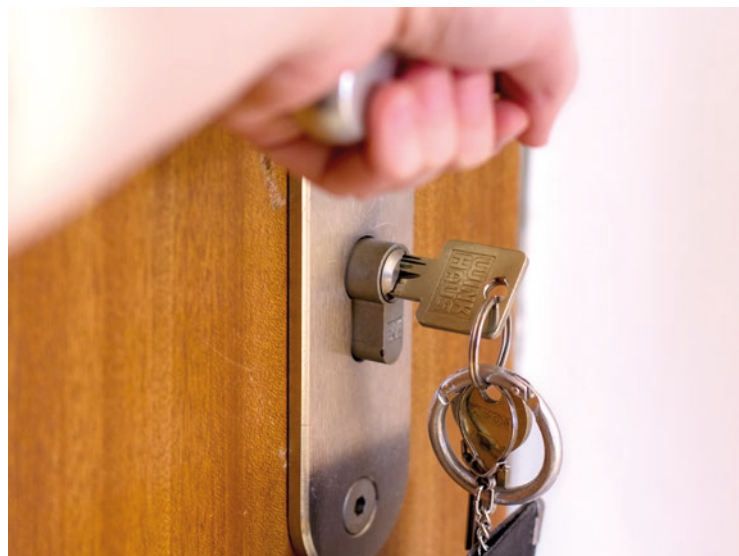
Stadträtin Elke Kahr: „Viele Mieterinnen und Mieter hatten coronabedingt nicht nur im zweiten Quartal 2020 Zahlungsschwierigkeiten, sondern haben aufgrund von anhaltender Arbeitslosigkeit und Gehaltseinbußen noch immer große finanzielle Probleme.“

„Es ist schwer bis unmöglich zu den laufenden Mieten die Rückstände samt Zinsen zurückzuzahlen. Türkis-Grün täte gut daran, effektive und durchdachte Lösungen zu finden, um Betroffene nicht obdachlos zu machen. Ein entsprechend dotierter Härtefonds, der schnell und individuell hilft, ist jetzt ein dringendes Anliegen“, fordert Kahr.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Elke Kahr, Tel. 0316 / 872 2060.

Sollten Sie, liebe Leserinnen und Leser, Fragen zum Bereich Wohnen oder anderen Themen haben, wenden sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr im Rathaus – Tel. 0316/872-2060.

Bei Wohnfragen steht auch die städtische Wohnungsinformationsstelle, Schillerplatz 4, Tel. 0316/872-5450, gerne zur Verfügung.



Durch die neuen Beschränkungen und Home-Office bekommt die eigene Wohnung immer mehr Bedeutung für das tägliche Leben. Umso wichtiger ist die finanzielle Absicherung des eigenen Zuhause.

## §§ RECHT GEFRAGT §§

Mag. Alfred Strutzenberger, Mietrechtsexperte

### Vorsicht bei Miete eines Einfamilienhauses oder einer Wohnung in einem Zweifamilienhaus

Zweifamilienhäusern nur möglich, wenn das so im Mietvertrag vereinbart wurde. Wenn nicht, ist der Mieter an die gesamte Vertragsdauer gebunden.

Auch bei unbefristeten Verträgen in Ein- oder Zweifamilienhäusern kann es zu bösen Überraschungen kommen. Sie können nämlich auch vom Vermieter jederzeit ohne Angabe eines Grundes aufgekündigt werden. Hier empfiehlt es sich, unbedingt einen Kündigungsverzicht des Vermieters für eine bestimmte Dauer auszuverhandeln und in den Vertrag aufzunehmen!

Vorsicht heißt es auch bei Vereinbarungen betreffend Erhaltungspflichten, Winterdienst oder Nutzungsrechten das Grundstück betreffend. Fragen wie „wem gehören die Früchte der Obstbäume, dürfen Gäste auf dem Grundstück parken, darf ich einen kleinen Swimmingpool im Garten aufstellen“ oder ähnliches haben wegen missverständlicher oder fehlender Vereinbarungen schon zu heftigen – auch gerichtlichen – Auseinandersetzungen geführt.

Wenn man z.B. vereinbart, dass der Vermieter den Holz-

schuppen auf dem Grundstück nutzen darf, muss man auch damit rechnen, dass der Vermieter täglich anwesend ist. Und man sollte auch bedenken, dass Vermieter und Mieter nicht unbedingt dieselben Vorstellungen von Grünflächenpflege haben. Solche Fragen sollte man unbedingt vorher abklären und in den Mietvertrag aufnehmen! In jedem Fall ist es ratsam, den Mietvertrag für ein Einfamilienhaus oder eine Wohnung in einem Zweifamilienhaus von Fachleuten prüfen zu lassen, bevor man unterschreibt!



Ein Häuschen am Stadtrand, die Miete passt, der Vermieter ist nett – die Freude über das neue Zuhause ist so groß, dass man ohne viel zu überlegen, den vorgelegten Mietvertrag unterschreibt.

Insbesondere bei Befristungen und Kündigungen kann das schlimme Folgen haben. Während befristete Mietverträge für Wohnungen in Mehrparteienhäusern vom Mieter immer nach einem Jahr gekündigt werden können, ist das bei Ein- und





# Maklergebühren: Langer Weg zur Abschaffung

**Seit Jahren zählt Wohnen zu den Preistreibern bei der Lebenshaltung. Die Mieten steigen und damit auch Kauttionen und Provisionen.**

Trotz Protesten gegen die europaweit überdurchschnittlichen Maklergebühren gab es in den letzten Jahren nur minimale Verbesserungen. „Wohnungssuchende, vor allem viele junge Familien, müssen tief in die Tasche greifen“, so Kahr. „Es braucht endlich Verbesserungen. Die Maklergebühren sollen, wie schon lange Zeit versprochen und sogar im aktuellen Regierungsprogramm festgeschrieben, vom Besteller bezahlt werden.“

## Die Chronologie:

**August 2010:** Jahrelange Forderungen von KPÖ, AK und Mieterschutzverbänden fanden endlich Gehör. Nach einer Petition des Grazer Gemeinderates stellte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner einen Verordnungsentwurf vor, in dem es zu ersten Entlastungen für MieterInnen kommen sollte: Die Höchstprovision wurde von drei auf zwei Bruttomonatsmieten gesenkt, für die Vermittlung von Wohnungen mit 3-Jahresmietverträgen sollte nur noch eine Miete verlangt werden dürfen. Und im Falle, dass der Makler auch Verwalter der Wohnung ist, darf er bei Befristung ab vier Jahren auch nur noch eine Miete verrechnen, bei Befristungen bis zu vier Jahren nur eine halbe Miete.

**2011:** In einer Petition will die FPÖ erreichen, dass die seit 2010 geltende Beschränkung der Maklergebühren auf höchstens zwei Monatsmieten wieder abgeschafft wird. Ihr Argument: Das habe zu erheblichen Umsatzeinbußen in der Branche geführt.

**Juni 2015:** In Deutschland gilt ab 1. Juni das Bestellerprinzip. Wer den Makler bestellt, bezahlt ihn auch. Auch andere europäische Länder wie Großbritannien,

Irland, Holland, Belgien, Norwegen und die Schweiz kennen keine automatisch vom Mieter zu bezahlende Maklerprovisionen. Und von jenen (west)europäischen Ländern, wo dies leider noch üblich ist, liegt Österreich bei der Höhe der Provisionen an der Spitze.

**August 2015:** Start der Unterschriften-Aktion der KPÖ: „Weg mit der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!“

**Oktober 2015:** Die KPÖ veranstaltet einen Aktionstag gegen Maklerprovisionen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 1.500 Unterschriften gesammelt.

**Oktober 2016:** 7.871 Menschen haben die Forderung „Weg mit der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter“ unterschrieben. Am 21. September übergeben Vizebürgermeisterin Elke Kahr und Gemeinderat Manfred Eber die Unterschriften persönlich im Parlament an Nationalratspräsidentin Doris Bures.

**Jänner 2017:** Der Petitionsausschuss des Nationalrats be-



**Unterschriftenübergabe im Parlament**

fasst sich mit der Maklerprovisions-Petition und holt dazu eine Stellungnahme des Verbands der Immobilienwirtschaft ein.

**August 2019:** Die ÖVP kündigt an, dem Bestellerprinzip nachzukommen. Hätte die ÖVP einen Antrag auf Abschaffung der Maklerprovision für Mieter noch vor den Nationalratswahlen eingebracht, wäre dieser im Parlament dank des freien Spiels der Kräfte umgehend beschlossen worden.

In den letzten Tagen vor der Wahl heißt es aber plötzlich, man wolle sich nach der Wahl darum kümmern. Der Antrag auf Gesetzesänderung seitens

der ÖVP kommt nicht. Auch ein entsprechender Antrag der SPÖ konnte nicht eingebracht werden, weil die ÖVP die dazu notwendige Sitzung vereitelte. Es hat sich gezeigt, dass die Abschaffung der Maklerprovision nur ein Wahlversprechen der ÖVP war. Bundeskanzler Kurz hatte tatsächlich nur geblüfft.

In der türkis-blauen Regierungszeit wird es leise um das Thema.

Im Nationalratswahlkampf 2019 verspricht Sebastian Kurz erneut, ein Auftraggeberprinzip für Maklerprovisionen umzusetzen: „Aus meiner Sicht könnten wir hier das deutsche Vorbild übernehmen, also festlegen, dass derjenige die Maklergebühren bezahlen muss, der auch den Auftrag gibt. Das ist im Regelfall – bei einem Mietvertrag – der Vermieter.“

**Dezember 2019:** Im Regierungsabkommen zwischen Türkis-Grün wird festgelegt, dass die Maklergebühren vom Besteller bezahlt werden müssen. Aber bis heute wartet die Bevölkerung auf die Umsetzung.



**Tausende Unterschriften haben das Problem Maklerprovision ins Bewusstsein der Politiker gebracht.**



# Sozialhilfe NEU statt Mindestsicherun

**Was sind die Veränderungen? Wer kriegt weniger, wer mehr? Eines vorweg: Die neue Sozialhilfe macht aus einer Mindestsicherung einen Höchstsatz, das alleine gibt Grund zur Sorge und ist sozialpolitisch eine gefährliche Entwicklung.**

Nun ist es soweit. Im April 2019 wurde es vom Nationalrat beschlossen: Das neue „Sozialunterstützungsgesetz“ soll die Mindestsicherung ersetzen. Ein Grundgerüst wurde vorgegeben, die Umsetzung und einige Feinheiten wurden den Ländern überlassen.

Wie viel braucht ein Mensch zum Leben? Wie viel darf Wohnen kosten? Diese Fragen sind im neuen Gesetz streng geregelt. Für Lücken bleibt kein Platz. Auf den ersten Blick werden Leute, die nicht vom Fach sind, wenig Unterschiede erkennen. „Der Richtsatz bleibt zwar gleich hoch. Und obwohl es auch hier und da Verbesserungen für Personengruppen wie etwa AlleinerzieherInnen geben wird, sind es die Verschlechterungen, die uns Sorgen bereiten, sie werden die Ärmsten treffen“, schildert Stadträtin Elke Kahr.

## Geänderte Richtsätze

Der Richtsatz der Sozialunterstützung wird in 60 Prozent Lebensbedarf und 40 Prozent Wohnbedarf unterteilt – in der Mindestsicherung waren es 75 Prozent und 25 Prozent. Das bedeutet aber für die BezieherInnen, dass es zu einer Begrenzung des Wohnbedarfs mit den tatsächlichen Wohnkosten kommt. „Personen mit niedrigen Wohnkosten werden dadurch eine Kürzung erfahren. Ebenso obdachlose Personen, die keine Wohnkosten nachweisen können“, erklärt Kahr. Ein mögliches Beispiel wäre folgendes: Ein Mann wird nach einer Trennung



2016 ist es durch es eine Gesetzesänderung zu einer radikalen Verschlechterung der Wohnbeihilfe gekommen. Es hat viel Widerstand gebraucht, um Verbesserungen zu erwirken.

obdachlos. Er findet Platz in einer Wohnungsloseneinrichtung. Das Wohnen kostet ihn dort nichts, er möchte aber schnellstmöglich eine Wohnung finden. Er bezieht derzeit noch 712,10 Euro, mit dem neuen Gesetz 569,70 Euro. Der Wohnkostenanteil von 40 Prozent wird nicht ausgezahlt, somit hat der Mann Einbußen von 142,40 Euro.

## Pauschale statt Wohnunterstützung

„Die deutlichste und wohl greifbarste Verschlechterung ist, dass bei Bezug der Sozialunterstützung keine Wohnunterstützung mehr möglich ist. Stattdessen wird es eine Wohnkostenpauschale geben“, schildert die Stadträtin. Diese wird dann ausgezahlt, wenn die Wohnkosten den Anteil von 40 Prozent übersteigen. Dies wird vor allem in den Ballungsräumen, wo mit hohen Wohnkosten zu rechnen ist, der Fall sein. Die Pauschale kann im Höchstfall 20 Prozent der zustehenden „Höchstsätze“

betragen. Maximal sind das 190 Euro bei einem 1-Personen-Haushalt. „Die Pauschale wird aber direkt an die Energiekostenslieferanten und den Vermieter gezahlt, was eine grundlegende Frage zum Datenschutz aufwirft“, kritisiert Kahr.

## Datenschutz? Von wegen!

„Ganz Österreich wurde in den vergangenen Jahren sensibilisiert, mit Daten vorsichtig und rücksichtsvoll umzugehen.“

Auskünfte an Dritte werden nicht mehr erteilt – gut so. Die Information, Sozialhilfebezieher zu sein, wird aber weitergegeben. Wer nicht möchte, dass der Vermieter über den Bezug von Sozialhilfe Bescheid weiß, der bekommt diese Pauschale auch nicht“, beanstandet die Stadträtin die Vorgangsweise.

Zudem ist auch aus datenschutzrechtlicher Sicht bedenklich, dass Privatpersonen wie Vermieter oder auch Arbeitgeber nun eine Auskunftspflicht gegen-

## Vergleich

Ein alleinstehender Mann hat einen Anspruch auf Arbeitslosengeld in der Höhe von € 650. Er muss Miete in der Höhe von € 600 plus € 75 an Strom bezahlen. Jetzt bezieht er Mindestsicherung als Richtsatzergänzung und Wohnunterstützung.

| Mindestsicherung und Wohnunterstützung |                   | Sozialunterstützungsgesetz Steiermark |                                            | Sozialhilfegrundgesetz: Maximalvorgaben des Bundes (30% Wohnkostenpauschale) |                                            |
|----------------------------------------|-------------------|---------------------------------------|--------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------|
| € 299,46                               | Mindestsicherung  | € 650,00                              | Arbeitslosengeld                           | € 650,00                                                                     | Arbeitslosengeld                           |
| € 650,00                               | Arbeitslosengeld  | € 299,46                              | Wohnbedarf                                 | € 299,46                                                                     | Wohnbedarf                                 |
| € 143,00                               | Wohnunterstützung | € 189,89                              | Wohnkostenpauschale (20 % des Richtsatzes) | € 284,84                                                                     | Wohnkostenpauschale (30 % des Richtsatzes) |
| € 1.092,46                             | gesamt            | € 1.139,35                            | gesamt                                     | € 1.234,30                                                                   | gesamt                                     |

Eine Differenz € 94,95 wäre möglich gewesen, wenn die Landesregierung großzügiger agiert hätte.



# g – wen trifft es?

über der Behörde haben. Diese können nun verpflichtet werden, Daten über Miet- oder Dienstverhältnisse weiterzugeben. Sollten sie dieser Verpflichtung nicht nachgehen, kann es sogar zu einer Verwaltungsstrafe kommen. Dies führt zu einer weiteren Stigmatisierung der Bezieherinnen und Bezieher und kann die Anmietung einer Wohnung oder die Jobaufnahme und den Arbeitsplatzverlust erschweren.

Menschen von ihrem Einkommen nicht mehr leben können. Dass gerade dort gekürzt und gespart wird, ist ein sozialpolitisches Armutszeugnis für die Steiermark. Schon jetzt können sich im Winter viele nicht leisten, ihre Wohnung ausreichend zu heizen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit wird sich die Lage weiter verschlechtern. Gerade jetzt brauchen die Menschen Unterstützung. Stattdessen beschließt der Landtag in der schlimmsten Wirtschaftskrise ein Sparpaket, ärgert sich die Stadträtin.

Die Umstellung auf das neue Gesetz ist aber mit einem enormen bürokratischen Aufwand verbunden, der letzten Endes auch viel Geld kostet. „Wir werden dieses Gesetz so nicht hinnehmen. Diese Verschlechterung darf nicht Realität werden,“ fordert Kahr.

## Sparpaket bedeutet Mehrkosten

Scharf kritisiert wird von der KPÖ außerdem, dass Landesrätin Kampus den Spielraum der Erhöhung der Wohnkostenpauschale von 20 auf 30 Prozent nicht umgesetzt hat.

„Die hohen Wohnkosten sind die häufigste Ursache, wenn

## Weitere Verschlechterungen auf einen Blick:

- Nachzahlungen von AMS, ÖGK und Unterhalt werden **als Einkommen gewertet** – ebenso Zahlungen wie eine Corona-Prämie. Es besteht sogar eine **Solidarhaftung** zwischen den Beziehern in einer Bedarfsgemeinschaft.
- Bei **Krankenhaus- oder Kuraufenthalten** erhält man nur mehr Anspruch auf 50 Prozent des Höchstsatzes –Miete, Strom und Heizung müssen aber trotzdem in dieser Zeit weiterbezahlt werden. Aufgrund dessen besteht die Gefahr, dass man dann auf notwendige Kuren und Reha-Maßnahmen verzichtet, weil man sich eine Kürzung nicht leisten kann.
- Leider wurden bei der **mobilen Pflege** keine Regelungen getroffen, obwohl dies längst notwendig wäre.

Die Möglichkeit, eine mobile Pflege ohne Regress zu regeln, wurde nicht wahrgenommen. Die enorme Ungleichheit zwischen stationärer (kein Regress) und mobiler Pflege wird dadurch fortgesetzt.

- Neues gibt es auch im Arbeitssektor: Wenn es zu AMS-Sperren kommt, ist nur mehr der Wohnbedarf (40% Wohnaufwand und 20% Pauschale) gedeckt. „Die Menschen stehen dann ganz ohne Einkommen da, wie soll das funktionieren?“, sorgt sich Kahr.



### Beispiel 1:

Eine alleinstehende Frau hat einen Arbeitslosengeldanspruch auf € 400. Sie bezahlt Miete in der Höhe € 340, Fernwärme in der Höhe von € 35 und Strom in der Höhe von € 72. Sie bezieht jetzt Mindestsicherung und Wohnunterstützung.

| Mindestsicherungsgesetz |                   | Sozialunterstützungsgesetz ab 1. Juli 2021 |                       |
|-------------------------|-------------------|--------------------------------------------|-----------------------|
| € 549,46                | Mindestsicherung  | € 169,68                                   | Lebensbedarf nach SUG |
| € 400,00                | Arbeitslosengeld  | € 400,00                                   | Arbeitslosengeld      |
| € 143,00                | Wohnunterstützung | € 379,78                                   | Wohnbedarf            |
|                         |                   | € 67,22                                    | Wohnkostenpauschale   |
| € 1.092,46              | Gesamt            | € 1.016,68                                 | Gesamt                |

Es ergibt sich ein Verlust von € 75,78 im Vergleich zur Mindestsicherung und Wohnunterstützung.

KPÖ



**Jemand trotz der Corona-Krise zu delogieren, Strom oder Heizung abzudrehen, ist unmenschlich.**

**Ein Delogierungs- und Abschalt-Stopp ist dringend nötig!**

**Elke Kahr**

### Beispiel 2:

Ein älteres Ehepaar bewohnt gemeinsam eine Wohnung, sie bezahlen Miete in der Höhe von € 500, Heizkosten in der Höhe von € 50 und Strom in der Höhe von € 70.

| Mindestsicherungsgesetz |                   | Sozialunterstützungsgesetz ab 1. Juli 2021 |                                                   |
|-------------------------|-------------------|--------------------------------------------|---------------------------------------------------|
| € 1.424,20              | Mindestsicherung  | € 797,72                                   | Lebensbedarf nach SUG                             |
| € 178,75                | Wohnunterstützung | € 531,81                                   | Wohnbedarf                                        |
|                         |                   | € 1.329,53                                 | Zwischensumme (70 % mal zwei statt 75 % mal zwei) |
|                         |                   | € 88,19                                    | Wohnkostenpauschale                               |
| € 1.602,95              | Gesamt            | € 1.417,72                                 | Gesamt                                            |

Es ergibt sich ein Verlust von € 185,23 im Vergleich zur Mindestsicherung und Wohnunterstützung.

# Widerstand gegen Amazon-Verteilzentrum wächst, Unterschriftenaktion startet

## Handelsriese vor der Haustür

**Der Onlineversand-Riese Amazon nimmt Kurs auf Graz. Nach Großebersdorf (NÖ) 2018 soll am Liebenauer Gürtel auf acht Hektar Fläche ein Verteilzentrum für die Steiermark und das südliche Burgenland entstehen.**

Aus Sicht der Anrainer eine Katastrophe, für den stationären Handel ein Tiefschlag und verkehrspolitisch problematisch. Nicht von ungefähr kommen Vorbehalte gegenüber dem Betreiber, der für Steuertricks und wenig arbeitnehmerfreundliche Praktiken bekannt ist.

Der Plan sieht zwei bis zu 14 Meter hohe Hallen vor: eine Lager- und Logistikhalle sowie eine vierstöckige Hochgarage für 960 (E-)Transporter. Dazu kommen 280 Parkplätze im Freien. An sechs Tagen sollen rund um die Uhr Pakete ausgeliefert werden. Die Anlieferung erfolgt nachts durch rund 40 Lkw und Transporter. Es soll bis zu 300 Beschäftigte geben.

### Betrieb rund um die Uhr

Hintergrund der Expansion ist die Zustellung am Tag der Bestellung.

Das Areal ist Gewerbegebiet, ein gültiger Bebauungsplan liegt vor. Dieser sieht u.a. vor, dass in Richtung der Siedlungen am Esserweg und in der Messendorferstraße ein drei Meter hoher begrünter Erdwall zu errichten ist. Geplant sind zwei Zufahrten auf den Liebenauer Gürtel, eine davon vis-a-vis der Autobahnauffahrt Raaba.

### Hoffen auf UVP

Derzeit läuft ein Feststellungsverfahren für eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Ist diese erforderlich, werden die Verfahren gebündelt und der Bauwerber muss von vorneherein umfangreiche Lärm- und Emissionsgutachten vorlegen. Das ist



**Liebenauer Gürtel 1:** Die bereits errichtete westliche Zufahrt zum Baugrund. Dahinter die Wohnhäuser Esserweg inklusive Seniorenwohnheim.

zeitaufwändig. Das Grundstück befindet sich im Luftsanierungsgebiet, weshalb hier strengere Maßstäbe anzulegen sind. Kommt es zu keinem UVP-Verfahren, sind nur die einfachen Verfahren der Bau- und Betriebsbewilligung durchzuführen.

### AnrainerInnen allein gelassen?

Die Anwohnerschaft war schockiert, als die Amazon-Pläne Ende Jänner bekannt wurden. Vorher hatte man sich über Vermessungsaktivitäten und Drohnen-Einsätze gewundert. Am Esserweg und in der Messendorferstraße ist man überzeugt, dass die vorgeschriebenen Lärmschutzmaßnahmen nicht ausreichend sind und auch die Lichtemissionen durch den 24-Stunden-Betrieb unzumutbar sein werden.

Eine Unterschriftenaktion wurde gestartet. Im Landtag stellte die KPÖ eine dringliche Anfrage, in der eine UVP und ein Schulterchluss aller Parteien gegen die Verdrängung des heimischen Handels durch globale Online-Konzerne und den Austausch von regulären Arbeitsplätzen durch prekäre Arbeitsverhältnisse und Scheinselbstständigkeit gefordert wurde.

ÖVP, FPÖ und SPÖ sowie Wirtschaftskammer scheinen sich mit der Ansiedlung abgefunden zu haben und verweisen auf die Arbeitsplätze. Ein Aufbäumen gegen den US-amerikanischen Konzern ist nicht erkennbar.

### Praktiken des Online-Riesen

Vor einem Jahr wurde eine Razzia im Amazon-Verteilzentrum Großebersdorf durchgeführt. Es gab 48 Anzeigen wegen arbeitsrechtlicher Verstöße – aber nicht direkt gegen Amazon, sondern gegen Liefer-EPU und Subunternehmen. Auch in Graz werden die Lieferdienste über Franchise-Kontrakte laufen, bisher für Amazon fahrende Paketdienste und die Post werden wohl Aufträge verlieren.

### Billig, bequem und sofort

Dass das Amazon-Projekt zu einem Zeitpunkt eingereicht wird, an dem die Stadt selbst ein innerstädtisches Logistikzentrum (City Hub) eröffnet (siehe Seite 19), mag Zufall sein: Die Parallelität unterstreicht aber das – nicht erst seit Corona – wachsende Problem der Lieferdienste, für die es organisatorisch unterschiedliche Ansätze gibt. Dass das Amazon-Projekt noch mehr Verkehr

im Stadtgebiet bedeutet, ist klar.

Die Kunden würden mit ihren Kaufverhalten abstimmen, lautet die Begründung, warum man auch dieses Projekt zähneknirschend zur Kenntnis nimmt. Bequem im Internet bestellen, möglichst billig, Lieferung möglichst sofort. Was damit ausgelöst wird, welche Arbeits- und Umweltstandards gedrückt, bestehende regionale Strukturen zerstört sowie verkehrs- und umweltpolitischen Ziele damit unterlaufen werden, spielt in der individuellen Entscheidung häufig keine Rolle. Hier ist ein Bewusstseinswandel nötig.

### Chronologie:

1981/82 im FläWi (Flächenwidmungsplan) als Gewerbegebiet ausgewiesen

1998: Bebauungsplan – einstimmig beschlossen

2002: Flächenwidmungsplan-Änderung: gegen die KPÖ u.a. beschlossen

2011: Änderung Bebauungsplan: gegen die KPÖ beschlossen

2019: 2. Änderung einstimmig beschlossen.

Dezember 2020: Projekt bei der Bau- und Anlagenbehörde eingereicht.

20.01.2021: Aufforderung des Landes an die städtischen Abteilungen zur Stellungnahme im UVP-Feststellungsverfahren



## Das sagen die Anrainer:

**Franz Unger:** „Hier ist ein reines Wohngebiet mit Familien mit kleinen Kindern, daneben ist ein Altersheim. Es gibt die Befürchtung, dass man hier auch eine Basis für die Zustellung mittels Drohne errichten will.“



**Irmgard Bauer:** „Die Lkw in der Nacht sind ja nicht elektrobetrieben, der Lärm beim Rangieren und das Licht beim Entladen wird die Umgebung belasten.“

**Regina Zenz:** „Der Rund-um-die-Uhr-Betrieb ist ein Wahnsinn. Da kannst du im Sommer kein Fenster mehr aufmachen. Außerdem werden riesige Flächen versegelt.“

**Thomas Rybnicek:** „Der Esserweg wird unbewohnbar. Aus den Fenstern des Logistikzentrums schauen sie uns ins Schlafzimmer, und die Lkw lärmen rund um die Uhr. Das ist echt ein Grund, die Stadt zu verlassen.“

**Elisabeth Friedl-List:** „Das geplante große Logistik-Zentrum in Liebenau befindet sich in unmittelbarer Nähe eines Altersheims und auch zwei Schulen sind nicht weit entfernt.“

Besorgte AnwohnerInnen am Esserweg: Von einem neu errichteten Wohnhaus wäre der Erdwall nicht viel mehr als zehn Meter entfernt.

**BÜRGERINITIATIVE  
LEBENSWERTES LIEBENAU**

**JETZT UNTERSCHREIBEN!** 

# ANWOHNER SCHÜTZEN AMAZON EINBREMSSEN!

### Was wir fordern:

- Distanz!** Der Abstand zum Wohngebiet muss vergrößert werden!
- Lärmschutz!** Ein drei Meter hoher Erdwall reicht nicht aus!
- Luftgüte!** Für umfassende Begrünung und Bepflanzung muss gesorgt sein!
- Nachtruhe!** Kein Lieferverkehr in den Nachtstunden!
- UVP!** Eine Umweltverträglichkeitsprüfung muss die Auswirkungen auf Mensch, Natur, Verkehr, etc. bewerten!

| Vor- und Nachname | Anschrift | Unterschrift |
|-------------------|-----------|--------------|
|                   |           |              |
|                   |           |              |
|                   |           |              |
|                   |           |              |
|                   |           |              |
|                   |           |              |

Wenn Sie sich in der **Bürgerinitiative Lebenswertes Liebenau** einbringen, beim Unterschriften Sammeln helfen wollen oder Fragen haben, kontaktieren Sie uns bitte:

Thomas Rybnicek · 0664/8146621 · rybe@meinkinderradio.at – Regina Zenz · 0664/5150123 · regina.zenz@uniqa.at  
Irmgard Bauer · 0660/279 3570 – Elisabeth Friedl-List · 0677/630 38781 · lilli.friedl@gmx.at



## Leuchtende Zahlen

### Wussten Sie, dass...

... es in Graz über 28.800 Lichtpunkte, also einzelne Beleuchtungselemente im Straßenraum, gibt?

... in den letzten Jahren rund 31% oder fast 9.000 Lichtpunkte aus ökologischen Gründen erneuert wurden?

... pro Jahr 2,5 – 3 Mio. Euro für Erneuerung ausgegeben werden und in den vergangenen Jahren noch einmal ungefähr der gleiche Betrag für Neuanlagen im Zuge von Entwicklungsprojekten (Reininghaus, Murpromenaden...) aufgewandt worden ist?

... die Umrüstung von konventioneller Lichttechnik auf LED eine Verringerung des Energieverbrauches um 50% bringt, in Ausnahmefällen sogar bis zu 80%?

... durch den Umstieg auf LED im öffentlichen Raum – bezogen auf die gleiche Zahl an Lichtpunkten – jährlich ein Stromverbrauch im Äquivalent zu ca. 400 Haushalten eingespart wird?

... trotz des Zuwachses an Lichtpunkten um 21% seit der LED-Umstellung mehr als 11% bzw. 300 MWh der jährlich eingesetzten elektrischen Energie für die Straßenbeleuchtung eingespart werden konnten?

„Wenn von Klimazielen die Rede ist, spielt der Energieverbrauch eine Schlüsselrolle. Bei der Beleuchtung im öffentlichen Straßenraum gelingt das gut, und die Stadt geht mit gutem Beispiel voran“, resümiert Stadträtin Elke Kahr die vom Straßenamt und der Energie Graz als Auftragnehmer zusammengestellte Bilanz.

## Weichenstellungen am Griesplatz

(Foto: Stadt Graz/Fischer)



**Stadträtin Elke Kahr und Straßenamtsleiter Thomas Fischer: Eine Busspur in der Kalauerstraße kommt noch dieses Jahr**

**Gries.** Rund um den Griesplatz kommt einiges in Bewegung: Die Verkehrsplanung hat ein Konzept zur Verlegung der Regionalbus-Haltestellen an den Roseggerkai vorgelegt. Dadurch kann der südliche Platzbereich

neu gestaltet werden. Außerdem entsteht hier demnächst ein neuer tim- Carsharing-Knoten und eine neue Busspur in der Karlsruherstraße ab Köstenbaumgasse bis Höhe Betlehemgasse.

## Radwegnetz wächst

**Gries/Lend/Eggenberg/Straßgang.** Heuer im Sommer soll der Radweg Sturzgasse – Puchstraße – Lauzilgasse gebaut werden. Ebenfalls auf dem Plan für 2021: Der Bau eines Radwegs in der Georgigasse zwischen Schloßstraße und Baiernstraße, die Verbesserung des Abschnitts Marienplatz – Hauptbahnhof in der Keplerstraße, der Lückenschluss in der Alten Poststraße zwischen Eggenberger Straße und Ostwaldgasse und die Fortsetzung des Radwegs in der Gradnerstraße nach Westen bis zum Kreisverkehr Neuseiersberger Straße.



## Endschleife Linie 7 neu geplant

**Eggenberg.** Bis 2024, wenn die Innenstadtflächung fertig ist und das Angebot auf den Linien 7/17 weiter verdichtet wird, muss die Endstation Wetzelsdorf aufgerüstet werden. Ein erster Plan wurde dem Bezirk von der Verkehrsplanung bereits vorgelegt: Demnach bekommt die Schleife ein Überholgleis, die Haltestelle in der Schleife wird durch je eine Ausstiegs- und eine Einstiegs Haltestelle in der Burenstraße ersetzt.

## Bim-Haltestelle Münzgrabengürtel



**Jakomini.** Ein langgehegter Wunsch im Bezirk geht nun mit der Errichtung der Straßenbahn-Haltestelle Münzgrabengürtel (Höhe Kirche) in Erfüllung. Gleichzeitig kommt eine Druckknopfampel, welche die Querung für FußgängerInnen und RadlerInnen erleichtert, sowie eine Grünraumgestaltung bis zur Moserhofgasse.

## Sicherheit für Fußgänger\*innen

**Eggenberg/Waltendorf.** Zwei Sicherheitsmaßnahmen werden heuer in Eggenberg umgesetzt: An der Kreuzung Georgigasse – Vinzenzgasse, einem Unfallhäufungspunkt, kommt eine Ampelanlage, in der Algersdorfer Straße ist der Ausbau der Kreuzung Hödlweg mit Anlage eines Schutzweges vorgesehen. In der Waltendorfer Hauptstraße stehen zwei Gehsteig-Lückenschlüsse auf dem Programm, und zwar bei der Haltestelle Waltendorfer Hauptstraße und im Bereich Moelkweg – Mallitschweg.



# Graz braucht mehr S-Bahn

**Wie bewältigen wir in Graz den Verkehr, vor allem den steigenden Pendelverkehr? In dieser entscheidenden Frage steht eine Weichenstellung bevor. Stadträtin Elke Kahr und die KPÖ haben sich schon festgelegt: Wir brauchen mehr S-Bahn in die Region, aber auch innerstädtisch als Ergänzung zu Bus und Bim. Was da zusätzlich möglich ist, wird aktuell unter Mitwirkung des Züricher ÖV-Experten Willi Hüsler untersucht.**

Mit der Ankündigung des Verkehrsressorts, Ausbaupläne für die S-Bahn zu entwickeln – das Stadtblatt berichtete –, ist Bewegung in die Frage einer übergeordneten Verkehrslösung gekommen: Bürgermeister Nagl, will – trotz U-Bahn-Plänen in der Schublade – auch die S-Bahn prüfen lassen und noch vor dem Sommer einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss herbeiführen.

Für den S-Bahn-Ausbau spricht der Umstand, dass es bereits Gleistrassen in alle vier Himmelsrichtungen im Stadtgebiet gibt, die darauf fahrende S-Bahn ebenso. Nur ist diese mit ihren zehn Stationen ein „Geheimtipp“ und bringt es im Binnenverkehr auf bescheidene 4.000 Fahrgäste am Tag.

Um eine interessante Ergänzung zum und eine Verflechtung mit dem städtischen ÖV zu schaffen, bedarf es eines Ausbaus. Wie dieser ausschauen könnte und was er bringen würde, wird gerade von Fachexperten rund um Willi Hüsler untersucht.

## INTERESSANT

Was Experten wie der Schweizer ÖV-Fachmann Willi Hüsler seit langem empfehlen, wird auch von der Mehrheit der GrazerInnen geteilt: Laut OGM-Umfrage der Kleinen Zeitung sind 45% gegen eine U-Bahn, 66% halten sie für unrealistisch.

„Die Metro-Vision sehe ich für Graz einfach nicht“, lautete der Titel eines Hüsler-Interviews. Fundierte Untersuchungen zu machbaren Lösungen widerspiegeln sich also auch im Meinungsbild.

## Ausbaupläne

**Die Ausbaupläne für die S-Bahn erfolgen in drei Stufen:**

**Stufe 1 (kurzfristig)** – massive Angebots- bzw. Taktverdichtungen auf den bestehenden Strecken

**Stufe 2 (mittelfristig)** – zusätzliche Haltestellen auf dem Bestandsnetz der ÖBB (Südbahn, Ostbahn) und der GKB. Im Stadtgebiet von Graz sollte sich die Anzahl der Nahverkehrsknoten und Haltestellen von 10 auf bis zu 20 verdoppeln. Parallel wird die technische Aufrüstung der GKB und der steirischen Ostbahn durch Elektrifizierung, selektiven zweigleisigen Ausbau und den Bau von Unterführungen vorangetrieben.

An der GKB-Linie im Westen sollen in den kommenden Jahren drei Haltestellen zu Nahverkehrsknoten aufgewertet werden (Wetzelsdorf – Peter-Rosegger-Straße, Webling – Kärntner Straße, Straßgang – Gradnerstraße). In Reininghaus (Wetzelsdorfer Straße) soll ein weiterer wichtiger Umsteigepunkt neu hinzukommen (Wetzelsdorfer Straße).

Ein besonderes Augenmerk gilt den Plänen für den Nahverkehrsknoten Gösting, der, sollte er umgesetzt werden, der drittgrößte Bahnhof der Steiermark wäre. Die Realisierung setzt jedoch zwei weitere Gleise nördlich des Hauptbahnhofes voraus und ist sinnvollerweise eng an die Errichtung der Northwest-Tramlinie gekoppelt. Zeitlicher Horizont für diese Maßnahmen ist 2025-2035, wobei auch hier eine gemeinsame Finanzierung mit Land und Bund Voraussetzung ist.

## Unterirdisch

**Stufe 3 (langfristig)** In diesem Szenario soll eine unterirdisch geführte S-Bahn-Anbindung des Zentrums (Innenstadt-Tunnel) geprüft werden. Die Idee ist, die S-Bahnen nicht mehr – wie derzeit – am Hauptbahnhof enden zu lassen, sondern die S-Bahn aus dem Umland direkt und umsteigefrei in die Innenstadt zu ziehen. Damit können zentrale Ziele erschlossen werden. Angedacht sind Haltestellen wie Innenstadt, Universität, LKH mit der Med-Uni und Wirtschaftskammer. Hier liegt auch der Nachteil des von den Grünen vorgeschlagenen S-Bahn-Rings: Er würde am Zentrum vorbeifahren.

Langfristig miteinbezogen wird auch die S-Bahn-Nutzung der vom Bund geplanten Verbindungsbahn von der Südbahn/Koralmbahn zur Ostbahn entlang

der A2-Südautobahn. Dadurch könnte auch eine direkte Anbindung an Magna, den größten Arbeitgeber der Region, möglich werden.

Derartige S-Bahn-Führungen sind keineswegs utopisch, es gibt sie schon z.B. in Zürich, Basel und Genf. Der große Mehrwert, der von einer U-Bahn nicht erbracht werden kann, ist die Schaffung einer attraktiven Lösung für den Pendelverkehr (85.000 Ein- und 35.000 AuspendlerInnen). „Mit so einem Angebot würde eine echte Alternative zum täglichen stadtgrenzüberschreitenden Autoverkehr geschaffen“, so Stadträtin Elke Kahr.

Zu diesen S-Bahn-Überlegungen läuft gerade eine Untersuchung, um die Fahrgastpotenziale abschätzen zu können. Die Ergebnisse werden im Frühjahr gemeinsam mit dem Land Steiermark der Öffentlichkeit präsentiert.



S-Bahn: Die Alternative im öffentlichen Stadtverkehr

## SELBSTHILFE

„Brücken bauen“. Das Magazin zur Selbsthilfe von Jugend am Werk Steiermark ist erschienen. „Für ein funktionierendes Gesundheitswesen ist die Selbsthilfe ein unerlässlicher Partner“, weiß Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer. Sie bietet



den so wichtigen Erfahrungsaustausch zwischen Betroffenen und knüpft Netzwerke, die vielen Menschen Halt geben, wenn sie ihn am dringendsten benötigen. Gerade im digitalen Zeitalter überfordert der Dschungel an Informationen. Wer könnte Betroffenen bei der Orientierung besser helfen, als jemand mit ähnlichen Bedürfnissen und

Erfahrungen? „Die Selbsthilfe ist auch ein wichtiger und gewichtiger Faktor im politischen Sinn: Sie kann auf drohende Engpässe hinweisen und mögliche Versorgungslücken aufzeigen. Sie ist eine unüberhörbare Gegenstimme zur Lobbyarbeit

großer Konzerne. Und schließlich ist sie eine starke Selbstvertretung von Patientinnen und Patienten“, betont Krotzer.

Das Magazin ist kostenlos unter 0664/8000 6 4015 erhältlich oder in elektronischer Form auf [www.selbsthilfe-stmk.at/broschuerenservice](http://www.selbsthilfe-stmk.at/broschuerenservice) abrufbar.

## SELBSTORGANISATION

Die neue Ausgabe der „Pflege in Bewegung“ ist erschienen. Inhaltlich geht es um leere Versprechungen bei der Corona-Prämie, die dringend notwendige Verbesserung der Arbeitsbedingungen und um die „Pflege-Lehre“, die definitiv keine gute Idee ist.



Was würde es bedeuten, wenn die Pflege mehr wert wäre? Es würde keinen so eklatanten Mangel an Pflegekräften geben, wie er immer stärker erkennbar wird! Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen, die Familienfreundlichkeit und Arbeitsbedingungen würden stimmen und damit wäre auch eine Wertschätzung in diesem Beruf gegeben. Die Corona-Pande-

mie lässt uns genauer hinschauen. Die Pflegeberufe werden sichtbarer und die ausübenden Berufsgruppen wahrgenommen. Das offenbart aber auch, wie sehr die bisherigen Maßnahmen der politischen Verantwortlichen als unzureichend

oder als Alibimaßnahmen eingestuft werden können.

Unter dem Titel „Wir sind mehr wert“ hat der Arbeitskreis „Gesundheit & Pflege“ der KPÖ Steiermark die mittlerweile dritte Ausgabe der Zeitung von und für Gesundheits- und Pflegeberufe herausgegeben.

Gedruckte Exemplare zum Selberlesen oder Weiterverteilen können Sie kostenlos bestellen: [pflege@kpoe-steiermark.at](mailto:pflege@kpoe-steiermark.at) oder 0316 712479

# »Kapitalismus und Gesundheit vertragen sich nicht.«

**INTERVIEW.** Über nicht eingehaltene Versprechen der Regierung, die Anti-Corona-Impfung und die sich verschärfende Ungerechtigkeit hat das Grazer Stadtblatt mit Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** gesprochen.

*Die Corona-Impfung ist in aller Munde. Ist die Stadt Graz dafür bereit?*

**Robert Krotzer:** Die Organisation liegt beim Land Steiermark, aber selbstverständlich laufen die Vorbereitungen im Gesundheitsamt seit Wochen auf Hochtouren: Ja, wir sind bereit und warten auf den Impfstoff. Im letzten Frühjahr haben wir in der Messehalle in einer großen Aktion auch die Zeckenschutzimpfung nachgeholt und gezeigt, dass das Gesundheitsamt so etwas auch in großen Dimensionen umsetzen kann.

*Wann kommt der Impfstoff? Wann geht es los?*

**Krotzer:** Leider liegt das nicht in unserer Hand. Einerseits hat die EU sehr spät bestellt, andererseits zeigt sich einmal mehr, dass das Festkrallen der Pharma-Industrie an den Patenten falsch ist. Die Produktion gehört dringendst in öffentliche Hand.

*Wenn ausreichend Impfstoff da ist, sind Sie für eine Impfpflicht?*

**Krotzer:** Die Impfung wird hoffentlich der Durchbruch gegen die Covid-Pandemie sein, die uns als gesamte Gesellschaft schon hart strapaziert. Darum muss die Impfung gut umgesetzt und vor allem auch gut erklärt werden. Eine Impfpflicht lehne ich aber ab. Wie soll das überhaupt gehen? Sie werden keinen Arzt und keine Ärztin finden, die jemanden gegen seinen Willen impft. Viel wichtiger sind sachlich fundierte Argumente, Verständnis und Akzeptanz.

*Lassen Sie sich impfen?*

**Krotzer:** Wenn ich an der Reihe bin, selbstverständlich. Von Vorreihungen von Politikern und Show-Impfungen halte ich bei knappem Impfstoff nichts.

*Wie soll es bis dahin weitergehen? Der Lockdown setzt immer mehr Menschen sehr stark zu.*

**Krotzer:** Das Um und Auf ist und bleibt das Contact Tracing. Hier hat die Bundesregierung alle völlig im Stich gelassen. Kurz

### SO FUNKTIONIEREN DIE CORONA-IMPFUNGEN

Anmelden kann man sich unter [www.steiermark-impft.at](http://www.steiermark-impft.at)  
Eine auf wissenschaftlich fundiertem Wissen aufbereitete Information der Mikrobiologin Dr. **Margit Schwab** und des Biotechnologen Univ.-Prof.i.R. Dr. Dipl.-Ing. **Helmut Schwab** veranschaulicht wichtige Grundlagen über das „Corona“-Virus sowie die Impfungen dagegen: [www.kpoe-steiermark.at/corona-impfungen.phtml](http://www.kpoe-steiermark.at/corona-impfungen.phtml)





vor dem zweiten Lockdown ist es deshalb in der Steiermark weitgehend zusammengebrochen. In Graz konnte es unter schwierigen Bedingungen aufrechterhalten werden. Dafür muss man allen danken, die bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gegangen sind. Auch für die personelle Aufstockung des Gesundheitsamtes will ich mich bei allen Verantwortlichen in der Stadt Graz bedanken.

*Warum ist die Kontaktverfolgung überhaupt so wichtig?*

**Krotzer:** Kontaktverfolgung dämmt die Ausbreitung des Virus ein und kann helfen Lockdowns zu verhindern. Je besser und früher nachvollzogen werden kann, ob jemand, der mit Covid infiziert ist, jemanden angesteckt haben könnte, desto weniger breitet sich das Virus aus. Jeder ins Contact Tracing investierte Euro erspart den Menschen ein Vielfaches an Kosten durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Einschränkungen.

*Vielfach sind Gemeinden ja den Entscheidungen der Bundes- und der Landesregierung ausgeliefert. Was haben Sie konkret in Graz tun können?*

**Krotzer:** Sehr schnell ist es gelungen, gemeinsam mit vielen Vereinen das Projekt Grazer Telefon-Kette gegen COVID-19 zu initiieren. Ziel war es, möglichst viele Menschen aus der Hochrisikogruppe zu erreichen und fundiert über Gefahren und Verhaltensregeln in der Corona-Krise aufzuklären.

Als Mitte November die von der Landesregierung versprochenen Antigentests in den Pflegeheimen immer noch nicht da waren, habe ich von meinem Gehalt jedem Heim ein kostenloses Kontingent zur Verfügung gestellt.

Für alle, die Symptome aufweisen und schnell sowie wohnortnah herausfinden wollen, ob sie sich mit dem Covid-Virus infiziert haben, gibt es seit Dezember eine Teststation am Lendplatz. Die „Schnupfenbox“ hat sich bewährt. Insgesamt

konnten an die 100 covid-positive Fälle festgestellt und damit ein wichtiger Beitrag zur Unterbrechung der Infektionsketten in Graz geleistet werden. Über 2.000 Menschen haben das Angebot bisher angenommen.

*Lassen sich schon Schlussfolgerungen aus der Krise ziehen?*

**Krotzer:** All unsere Warnungen, die etwa die Bettenreduktionen, die Schließungen von Abteilungen oder ganzen Spitälern sowie die Privatisierungen im Gesundheitssystem betreffen, haben sich bewahrheitet. 63 Mal hat die EU ihre Mitgliedsstaaten zwischen 2011 und 2018 zu Kürzungen oder Privatisierungen im Gesundheitsbereich aufgefordert, wie der Wirtschaftsprofessor Walter Ötsch recherchiert hat. Mit dieser Logik muss jetzt gebrochen werden. Schon bisher waren die Wartezeiten für nötige Operationen sehr lang. Das hat sich jetzt noch einmal verschärft. Ein Ausbau der Kapazitäten wird zum Gebot der Stunde.

Vielen wird jetzt klar, dass sich Kapitalismus und Gesundheit nicht vertragen.

*Corona verschärft auch die soziale Krise. Wie kann man hier gegensteuern?*

**Krotzer:** Großkonzerne zahlen in Österreich kaum Steuern, sind aber die größten Nutznießer der Hilfspakete der Regierung. Nur ein Drittel der Hilfspakete kommt den arbeitenden Menschen zugute. Umgekehrt tragen Massensteuern wie die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer am meisten zum Staatshaushalt bei, während nicht einmal jeder zehnte Steuer-Euro aus Unternehmensgewinnen und Vermögenszuwächsen stammt. Das muss sich ändern. Darum sind viele soziale Maßnahmen nicht nur dringend nötig, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit. Ich denke da etwa an: Erhöhung des Arbeitslosengeldes, Delogierungsstopp, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich in der Pflege und bezahlte Maschenpausen.

## KLARTEXT



FOTO: KPO

## Profite vs. Gesundheit

336 Millionen Euro hat Astra-Zeneca für die Forschung und den Aufbau von Produktionsstandorten für eine Impfung gegen das Corona-Virus bekommen. Obwohl die Kosten für die Forschung weitestgehend von der Allgemeinheit bezahlt werden, liegen die Patente für die Impfstoffe bei den Pharmakonzernen, die sich damit eine goldene Nase verdienen. Sie halten die Patente unter Verschluss und erschweren dadurch eine rasche und dezentrale Herstellung. Das bedeutet, dass die Produktion der Impfstoffe auch in den reichen Ländern nur langsam vorankommt, während Milliarden Menschen im globalen Süden für lange Zeit noch keinen Zugang zu Impfstoffen haben werden.

Mit dieser Knappheit machen die Pharma-Multis Milliardenprofite auf Kosten der Gesundheit und des Lebens unzähliger Menschen. Darum müssen Impfstoffe Gemeingut und die Patente aufgehoben werden!

Dazu gibt es auch eine europäische BürgerInnen-Initiative, die hier unterzeichnet werden kann: [www.noprofitonpandemic.eu/de](http://www.noprofitonpandemic.eu/de)

### SO ERREICHEN SIE ROBERT KROTZER:

**Rathaus**, 2. Stock, Zimmer 231

**Tel.** 0316 / 872-2070

**fb.com/robert.krotzer.graz**

### Sprechstunden:

Bis auf einige Ausnahmen finden derzeit alle Beratungen telefonisch statt.

DAMIT SIE DRAUSSEN WISSEN, WAS DRINNEN VORGEHT.

## EINFACH SPAREN

Lebensmittel  
vom Balkon

Jetzt, wo die Tage wieder länger werden und die Natur langsam erwacht, beginnt auch die Saison der Heimgärtner von Neuem. Um sich selbst mit Gemüse zu versorgen, ist aber nicht zwingend ein eigener Garten notwendig, viele Sorten lassen sich problemlos auch auf einem kleinen Balkon oder in der Wohnung ziehen.

Für nordseitige Balkone mit wenig direkter Sonne eignen sich sogenannte Mittel- oder Schwachzehrer wie Salate, Mangold, Spinat oder Bohnen. Auf einem südseitigen Balkon mit viel Sonne wachsen hingegen Starkzehrer wie Tomaten, Melanzani, Zucchini oder Paprika hervorragend. Auf ost- oder westseitigen Balkonen eignen sich so gut wie alle Gemüsesorten.

Aber auch ohne Balkon lässt sich innerhalb der eigenen vier Wände erfolgreich Gemüse anbauen. Beispielsweise lassen sich Radieschen oder frische Kräuter direkt auf der Fensterbank ernten und auch der Anbau von Tomaten oder Gurken lässt sich an einem sonnigen Platz nach innen verlegen.

Mit einem geringen einmaligen Investitionsaufwand spart man sich im Anschluss den regelmäßigen Kauf im Supermarkt, hat immer erntefrisches Essen am Teller und nichts schmeckt besser als selbst angebautes Gemüse.

Gernot &amp; Gabi

Für weitere Fragen:  
0650/260 07 15

## Girardihaus gerettet!

Jahr für Jahr verfiel das Geburtshaus des großen Schauspielers Alexander Girardi in der Leonhardstraße mehr. Zuletzt musste die Baubehörde – kurz vor dem 170. Geburtstag von Girardi – für das Haus einen Abbruchbescheid ausstellen, da aufgrund des baufälligen Zustands des Hauses Gefahr in Verzug war. „Den baulich katastrophalen Zustand hat der Hausbesitzer zu verantworten, der den Verfall billigend in Kauf genommen hat, aber auch die Stadt, die zugewartet und nie ernsthafte Initiativen gesetzt hat“, kritisiert KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**.

Viele Jahre lang mahnte die KPÖ die Rettung des denkmalgeschützten Objekts ein. Vor allem der frühere KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** war hier beharrlich aktiv. Im Dezember trug diese Beharrlichkeit Früchte: Das Girardihaus wird renoviert! Trotz der erfreulichen Nachrichten kritisiert Braunersreuther: „Die



© Robert Kropf (CC BY-SA 4.0)

Renovierung hätte weniger gekostet, wenn der Bürgermeister nicht jahrelang geschlafen hätte.“

Es ist geplant im renovierten Girardihaus ein Museum einzurichten. Derzeit ist vorgesehen, dass Graz das Baurecht für 35 Jahre erhält und das Haus in dieser Zeit auf eigene Kosten zu sanieren hat. Danach wird der Stadt Graz ein Vorkaufsrecht eingeräumt. „Dann kann der Besitzer in 35

Jahren den vollen Preis für ein top saniertes Haus in Innenstadtlage, das auf Kosten der Allgemeinheit renoviert wurde, verlangen“, so Braunersreuther. Ein Passus, der vorsieht, dass die substanziellen Renovierungskosten im späteren Kaufpreis berücksichtigt werden, fehlt. „Hier muss die Rathauskoalition nachbessern!“, mahnt Braunersreuther zur Nachverhandlung mit dem Besitzer.

## Gratis-Kindergärten für alle!



Ich verdiene rund 850 Euro. Mein Mann hat 1500 Euro netto. Wir zahlen 150 Euro für die Betreuung unserer Tochter in einer Kinderkrippe und 75 Euro für unseren Sohn in der Nachmittagsbetreuung der Schule. Das ist viel Geld für uns. Wir können unseren Kindern nichts bieten, es bleibt einfach nichts übrig.“ So schildert eine Grazer Mutter, wie sehr sie die Kinderbildungs- und -betreuungskosten belasten.

Der Städtevergleich zeigt, dass die Beiträge für Grazer Kindergärten und -krippen österreichweit zu den höchsten zählen. In Innsbruck, St. Pölten und Linz ist die Kinderbetreuung bis 13 bzw. 14 Uhr kostenlos, in Wien und Eisenstadt sogar die ganztägige Betreuung. „Gerade in diesen schweren Zeiten ist eine kostenlose Kinderbetreuung das Gebot der Stunde! Es muss die gleichen Chancen für alle Kinder geben – unabhängig

vom Gehalt der Eltern, unabhängig vom Bundesland, in dem die Kinder groß werden“, bringt es KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs** auf den Punkt.

Durch den Lockdown verhärteten sich gesellschaftliche Ungleichheiten. „Frauen müssen länger zuhause bleiben oder Teilzeitarbeit annehmen“, so Heinrichs: „Teilzeit hat dann wiederum massive Auswirkungen auf die Pensionen – und niedrige Pensionen führen zu Altersarmut. Wir müssen endlich handeln, um die Belastung der Familien zu senken und die Situation der Frauen zu verbessern!“

Die KPÖ-Gemeinderätin setzt sich dafür ein, dass steiermarkweit Gratis-Kindergärten und -krippen Realität werden. Bis dahin soll die Stadt Graz ihre Kindereinrichtungen zum Nulltarif anbieten.





## Lithium-Ionen-Akkus: Falsche Entsorgung brandgefährlich!

Ob Smartphones, Haushalts- und Gartengeräte, E-Bikes oder Elektro-Autos: Lithium-basierte Akkus und Batterien sind aus dem modernen Leben nicht mehr wegzudenken. Das große, ungelöste Problem: Laut der Montanuniversität Leoben gelangen nur 45 Prozent der alten Batterien und Akkus in die entsprechenden Sammelstellen. Der Großteil dieser Problemstoffe landet also im Restmüll bzw. beim Altmittel. Dies führt zu immer mehr explosiven

Bränden in Entsorgungs- und Schrottpressbetrieben.

Aus diesem Grund hat KPÖ-Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs** in der Dezember-Gemeinderatssitzung zum

### Ein Pfandsystem für Akkus ist überfällig!

Elke Heinrichs  
KPÖ-Gemeinderätin



wiederholten Mal ein Pfandsystem angeregt, wie es etwa in Kärnten bereits umgesetzt wurde.

Leider konnten sich ÖVP und FPÖ wieder nicht dazu durchringen, diese Initiative zu unterstützen. Heinrichs lässt sich davon nicht kleinkriegen: „Wir werden weiterhin Druck machen, damit ein Pfandsystem für Lithium-basierte Akkus und Batterien zeitnah zum Schutz von Mensch und Natur umgesetzt wird.“

## Runter mit der Parteienförderung!

„Menschen in Notlagen brauchen dringender Unterstützung als Parteien!“, findet KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**. Er hat im Dezember-Gemeinderat vorgeschlagen, die Parteien- und Klubförderung um mindestens zehn Prozent zu kürzen und mit diesem Geld den „Graz-hilft“-Fonds aufzustocken. Aktuell stehen über den Fonds gerade einmal 100.000 Euro zur Verfügung. Zum Vergleich: Die Grazer Parteien erhalten jährlich insgesamt knapp 2,5 Millionen Euro...



## Wohnen gemeinsam wieder leistbar machen!

KPÖ suchte Schulterchluss für bezahlbaren Wohnraum – ÖVP und FPÖ stimmten dagegen

In Graz wird seit Jahren massiv gebaut. Der größte Teil des neu geschaffenen Wohnraums ist aber für einen großen Teil der Bevölkerung schlicht nicht leistbar. Deshalb führt für KPÖ-Klubobmann **Manfred Eber** kein Weg daran vorbei, mehr Gemeindewohnungen zu schaffen, um so der allgemeinen Preisexplosion entgegenzuwirken.

Im Dezember-Gemeinderat hat Eber eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, wie das Wohnen wieder leistbar gemacht werden kann. Er schlug vor, weiterhin Flächen für den Gemeindewohnbau durch die Stadt Graz zu sichern. Auch der Bundesgesetzgeber müs-

se dringend ersucht werden, in mehrerlei Hinsicht tätig zu werden: „Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen, Abschaffung der Maklerprovision für MieterInnen und ein Ende der Steuerbegünstigungen für Anlegerwohnungen sind nur einige der Hebel, die dringend in Bewegung gesetzt werden müssen“, so der KPÖ-Klubobmann.

Auch eine Überarbeitung der Wohnbau-Förderungspolitik des Landes Steiermark muss auf die politische To-do-Liste kommen: Erstrebenswert wäre, dass die Gemeinden für einen Teil geförderter Wohnungen das Einweisungsrecht erhalten. Dass dies kein utopischer Vorschlag ist, beweist Südtirol

mit dem Baulandbeschaffungsmodell, auch als 60-40-Prozent-Modell bekannt. Es sieht folgendes vor: Wenn die Gemeinde eine Fläche zur Bebauung freigibt, gehen 60 Prozent der Grundfläche in den Besitz der Gemeinde über – für nur die Hälfte des Marktwertes. Auf den restlichen 40 % des ausgewiesenen Baulands kann der Grundeigentümer privat bauen oder den Grund zum Marktpreis verkaufen.

Leider fiel der Vorstoß, Wohnen für Grazerinnen und Grazer gemeinsam wieder leistbar zu machen, auf wenig fruchtbaren Boden: Die schwarz-blaue Rathauskoalition stimmte den KPÖ-Antrag nieder.

## Mehr Geld für Mädchen- und Fraueneinrichtungen

Home-Schooling, Hausarbeit, systemerhaltende Berufe: Frauen werden in dieser Krise besonders belastet. Zudem kommt es während der Lockdowns zu noch mehr häuslicher Gewalt. Fraueneinrichtungen waren und sind daher aktuell besonders wichtig. „Diesen so wichtigen Einrichtungen einen Sonderbonus für ihre Hilfeleistungen zu gewähren, wäre das Mindeste“, forderte KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**. Leider fand ihr Vorschlag im Gemeinderat keine Mehrheit.



## Schulwechsel: Information sichergestellt!

Der Schulwechsel: Eine Entscheidung, die für die Zukunft junger Menschen von höchster Bedeutung ist und wohlüberlegt sein will. Bisher gab es Jahr für Jahr umfassende Informationsangebote wie „Tage der offenen Schulen“ und die Grazer Bildungsmesse. „Auch in Zeiten von Corona müssen junge Menschen und ihre Eltern



die Möglichkeit haben, sich gut über mögliche Bildungswege zu informieren“, forderte KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger**. Erfreulich: Die Abteilung für Bildung reagierte auf seine Anfrage und bietet neben einer Bildungshotline (7474) auch drei Online-„Tage der offenen Türen“ an. Weitere Informationen unter [graz.at/bildung](http://graz.at/bildung).

## SchülerInnen mit Laptops unterstützen

Die Corona-Pandemie ist eine Herausforderung in vielen gesellschaftlichen Bereichen – auch und besonders im Bildungsbereich. In den Schulen wechseln sich Präsenz- und Heimunterricht ab. Ohne Laptop ist die Teilnahme am Unterricht also nicht mehr möglich. Nun haben sich bisher besonders in finanziell benach-



teiligten Familien oft mehrere Personen ein Gerät geteilt. Durch Home-Office und Heimunterricht reicht dies nun nicht mehr aus. „Wir sind es allen Schülerinnen und Schülern schuldig, sie zu unterstützen. Das heißt auch, ihnen die benötigten Laptops zur Verfügung zu stellen“, fordert KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**.



## Internationaler Frauentag

# 8. März 2021

In Zeiten wie diesen wird sichtbar, was ohnehin bekannt ist:

- Frauen arbeiten überwiegend in schlecht bezahlten – wenn auch „systemrelevanten“ Berufen – im Handel, als Pflegerinnen, als Pädagoginnen...
- Frauen sind in der Krise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen
- Frauen sind stärker von häuslicher Gewalt betroffen
- Frauen müssen im Home-Office gleichzeitig ihre Kinder im Home-Schooling betreuen

## VIEL Lärm um VIEL

## Frauentag findet statt!

14 bis 16 Uhr:  
KPÖ-Frauen-Aktion  
Herrengasse vor dem  
Landhaus

### Freitag, 12.3.: Frauenstadtspaziergang

Nähere Infos auf Seite 28

8. März 2021

## Große Bündnisdemo

zum Frauentag:

### Route:

Vom Hauptplatz zum  
Griesplatz  
Treffpunkt: 17 Uhr

## VINCKE-STEINBRÜCHE: AUS TRAMPELPFAD WANDERWEG MACHEN!



So sieht der Trampelpfad aktuell aus

**Eggenberg.** Die von der Stadt Graz aufgekauften Areale der Vincke-Steinbrüche am Karolinenweg und Spielbergweg werden heuer für rund 400.000 Euro gesichert und saniert. Sie sollen zu einem Naturerlebnispark und Naherholungsgebiet umfunktioniert werden.

Wegen vorliegender geologischer Gutachten besteht aufgrund der hohen Steinschlaggefahr und der Absturzgefahr an der Böschungskrone die Notwendigkeit einer baulichen Abgrenzung und Absicherung. Die KPÖ-MandatarInnen Ge-

meinderat **Christian Sikora** und Bezirksrätin **Karin Gruber** regen nun an, die Gelegenheit beim Schopf zu packen und entlang des schon bestehenden Trampelpfades entlang der Steinbruch-Krone in Richtung Fürstenstand/Karolinenweg einen offiziellen Wanderweg zu errichten. Sikora: „Das wäre eine einmalige Gelegenheit, vom UKH kommend gleich ins Naturgeschehen eintreten zu können!“ Bei der Planung und Umsetzung durch die Verantwortlichen der Stadt Graz sollten außerdem die diversen Alpenvereine mit einbezogen werden.

## AUCH ALLTAG IST KULTUR



Waltendorf – ein zweigeteilter Bezirk: Neben dem historischen Zentrum im Bereich des Lustbühels und des Ruckerberges gehört auch der ganze Berliner Ring nördlich des Ruckerlberges zu Waltendorf.

**Waltendorf.** Kultur muss nichts Abgehobenes für eine kleine Minderheit sein – das hat in Graz u.a. **Ernest Kaltenegger** im Kulturhauptstadtjahr 2003 mit dem Projekt „Ein Bad für jede Gemeinewohnung“ bewiesen.

Auch das Kulturjahr 2020, das wegen der Pandemie in das Folgejahr 2021 verlängert wurde, wartet mit einem Projekt im Alltag für alle auf: „Normal“ findet in den vier Randbezirken Andritz, Liebenau, Waltendorf und Wetzelsdorf statt. Mit unterschiedlichen Mitteln

wird der Frage nachgegangen, was in den Bezirken normal ist, was normal sein sollte und wie das erreicht werden könnte. KPÖ-Bezirksrätin **Lisbeth Zeiler:** „In Waltendorf etwa wird es bei der Pfarre St. Paul den „Third World Congress of Missing Things“ geben. Was fehlt dem Bezirk Waltendorf? Was sollte es geben? Gemeinsam werden Ideen gesammelt und Umsetzungsmöglichkeiten gesucht.“

Ideen können jederzeit per E-Mail an [holub@transparadiso.com](mailto:holub@transparadiso.com) eingeschickt werden.

## STOLPERSCHWELLE GEGEN DAS VERGESSEN

**Liebenau.** Im Oktober wurde am Grünanger im Maria-Cäsar-Park erstmals eine sogenannte „Stolperschwelle“ verlegt – eine ca. einen Meter breite Variante der Stolpersteine, die an

Orten angebracht wird, an denen es sehr viele bzw. großteils namentlich nicht bekannte Opfer des Nationalsozialismus gab.

„Wir gedenken damit der über 5.000 Zwangsarbeit-

rinnen und Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen im ehemaligen Lager V – Graz Liebenau, die diesen Steg auf dem Weg zur Zwangsarbeit in die Steyr-Daimler-Puch-Werke überqueren

mussten, sowie der rund 5.000 ungarisch-jüdischen Opfer der sogenannten Todesmärsche nach Mauthausen“, erklärte **Daniela Grabe**, Obfrau des Vereins für Gedenkkultur.



Foto: Alexander Danner





## ERHOLUNG IM GRÜNEN – RESPEKT VOR DER NATUR



**Straßgang.** Im Bezirk Straßgang zu wohnen hat den Vorteil, dass man schnell und ohne Auto ins Grüne gelangen kann. Viele Menschen nutzen diese Möglichkeit. Leider gibt es aber auch Unerfreuliches: Abfälle werden vermehrt im Wald zurückgelassen, Mountainbiker fahren auf Fußwegen oder gleich quer die Hänge hinunter, Hundebesitzer lassen ihre Lieblinge ohne Leine laufen und stören damit das Wild und die Wanderer. KPÖ-Bezirksrätin **Ruth Masser:** „Wir sind Gäste in der Natur, und so sollten wir

uns auch verhalten. Bitte nehmen Sie Abfälle immer mit, vermeiden Sie Lärm, benutzen Sie mit Mountainbikes und Elektrofahrrädern nur gekennzeichnete Wege und führen Sie Hunde an der Leine!“

Ein Problem für das Klima, das Bezirksrätin Masser schon mehrmals angesprochen hat: Viele Autofahrer lassen den Motor laufen oder stellen den Motor während des Einkaufs nicht ab! Masser: „Das ist gesetzlich untersagt und schadet dem Klima, der Gesundheit und auch dem Motor.“

## EINSIEDLERWEG: SANIERUNG ZUGESAGT



**Mariatrost.** Der Einsiedlerweg ist ein vielbegangener Wanderweg in Mariagrün. Leider ist er bei nassen Verhältnissen teilweise nicht gut begehbar. Einige Stellen sind, wie am Foto ersichtlich aufgeweicht. Auf Anfrage von BV-Stv. **Helmut Schwab** wurde von der Holding Graz zugesichert, dass, wenn es die Temperaturen zulassen, diese Bereiche neu geschottert werden.

### Pensionen – Ausgleichszulage brutto

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: € 1.000,48  
für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: ..... € 1.578,36  
Erhöhung pro Kind: ..... € 154,37

### Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen: ..... € 949,46  
Volljährige im gemeinsamen Haushalt: ..... € 712,10  
ab 3. volljährige Person: € 474,73  
1. bis 3. Kind: ..... € 170,90  
ab dem 4. Kind: ..... € 142,42

### Rezeptgebührenbefreiung

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 1.000,48 Alleinstehende und € 1.578,36 für Ehepaare, pro Kind erhöht sich der Betrag um € 154,37. Die **Rezeptgebühr** steigt von 6,30 auf 6,50 € pro Medikament.

### Geringfügigkeitsgrenze

€ 475,86 Euro /Monat

### Grenze für GIS-Gebührenbefreiung/ Telefonentgeltzuschuss:

1 Person: ..... € 1.120,54  
2 Personen: ..... € 1.767,76  
für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 172,89

### Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 172,40; über 3J: € 180,30, über 10J: € 199,90, über 19J: € 223,50  
Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern jeweils um € 7,10, bei 3 um € 17,40 bei 4 um € 26,50 bei 5 um € 32,00, bei 6 um € 35,70 bei 7 um € 52,00. Im September zusätzlich € 100 Schulstartgeld für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden. Der Zuschlag beträgt € 155,90.

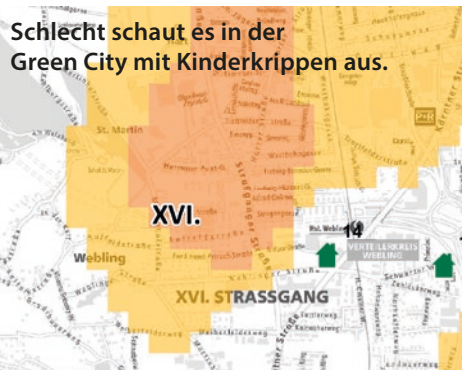
### Pflegegeld 2021:

Stufe 1: ..... € 162,50..... 65h/Monat  
Stufe 2: ..... € 299,60..... 95h/Monat  
Stufe 3: ..... € 466,80... 120h/Monat  
Stufe 4: ..... € 700,10... 160h/Monat  
Stufe 5: ..... € 951,00... 180h/Monat  
Stufe 6: .... € 1.327,90... über 180h/M  
Stufe 7: .... € 1.745,10... über 180h/M

## GREEN CITY: WO BLEIBT DIE KINDERKRIPPE?

**Straßgang.** Die „Green City“ gehört zu den großen Grazer Wohnentwicklungsgebieten. Hunderte neue Wohnungen sind bereits entstanden – und es wird weiter gebaut.

Während der Stadtteil wächst und wächst, tritt die Kinderbetreuung auf der Stelle. „Von Kinderkrippe und Kindergärten für die Green City fehlt noch immer jede Spur. Dass dies zu Schwierigkeiten für die dort wohnhaften Familien führt, liegt auf der Hand. Höchste Zeit, dass sich die Stadt Graz an ihre Versprechen erinnert“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger.**



In der Planungsphase der Green City wurde „aufgrund der Anzahl der geplanten Wohneinheiten bzw. der bereits jetzt gegebenen Versorgungslage mit Kinderbetreuungsplätzen eine eigene Kinderkrippe

mit Kindergarten am Gelände im Bereich der Ankerstraße“ versprochen. Bis jetzt ist dies nicht realisiert worden.

Besonders brisant: „Straßgang ist ohnehin schon unterversorgt, was Kinderbetreuungsplätze angeht. Die Stadt Graz selbst bewertet die Versorgungsqualität der Green City mit Kindergarten- und Kinderkrippenplätzen mit Orange – der zweit schlechtesten

Kategorie der siebenstufigen Skala“, so der KPÖ-Gemeinderat. Er wird das Problem in der nächsten Gemeinderatssitzung thematisieren.



Sie haben Ideen oder Anliegen für Ihren Bezirk?

**RUFEN SIE UNS AN!**

**Heike Jantschner**  
KPÖ-Gemeinderatsklub  
0316/872 2153

**Christian Carli**  
KPÖ-Bezirksrätesprecher  
0681/10 7632 98

**DSA Karin Gruber**  
Tel. 0316/ 877-5101,  
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at







# Ruine Gösting – ein beliebtes Ausflugsziel

Ich bin im wunderschönen Liebenau aufgewachsen und für mich war das Dach des Puchhochhauses lange Zeit der höchste Punkt der Welt. Jedes Mal, wenn es hieß, wir gehen auf die Ruine Gösting, war daher nicht der wunderbare Ausblick über die Stadt der Grund meiner Freude, sondern eher die Gedanken an Braten, Süßigkeiten und Himbeerkracherl in der gemütlichen Taverne der Familie Michalatsch. Besitzverhältnisse und Pachtvereinbarungen spielten in meiner Welt damals keine Rolle. Ohne Taverne war die Burg für mich wenig interessant. Ich bin ja auch nicht auf den Sturmplatz gegangen, wenn keiner spielte.

Die Burgruine Gösting erhebt sich etwa 200 Höhenmeter über der Stadt Graz. Gute Erreichbarkeit ist nur einer der Gründe, warum sie sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem beliebten Ziel für Spaziergänger und Sportler entwickelt hat. Man geht von der Endstation der Buslinie 40 am Göstinger Schlossplatz etwa eine halbe Stunde bergauf.

## Der Weg zur Ruine

Der erste noch asphaltierte Teil des Weges steigt ziemlich schnell steil an, sodass man glaubt, das sei der Grazer Schuldenberg und nicht der Göstinger Berg. Recht schnell ist man dann auf einem zwar noch steigenden aber durchwegs wanderbaren, breiten Weg inmitten alter Buchen. Die Strecke ist gesäumt mit Warntafeln vor Fuchsräude oder Tollwut und jahrzehntealten in Baumrinde geritzten Liebesbekundungen.

Weiter oben, schon in Sichtweite der Burg, war auf einem steilen, aber gut ausgetretenen Weg durch den schönen Mischwald eine Abkürzung Richtung Cholerakapelle. Der Wald ist weg. Stattdessen liegt ein eingezäunter Weingarten zur Linken. An dieser Stelle könnte einem schon einmal das Wort „ruiniert“ einfallen. Und



das ein Stückerl vor der Ruine. Nach circa einer halben Stunde Gehzeit hat man dann die Burg erreicht.

## Das Ziel: Die Taverne

Hier war jahrelang die weiter oben angeführte Taverne das eigentliche Ziel der Ausflügler. Auch wenn die Anlage seit dem Verkauf nicht mehr fürstlich ist, die Verpflegung war es allemal und lockte an schönen Tagen so viele Leute auf die Burg, dass die Sitzplätze im Freien immer gut genutzt waren. Die Gemütlichkeit in- und außerhalb des alten Gemäuers war unbeschreiblich. Und das nicht obwohl, sondern vielleicht weil es keinen Strom gab.

Geblieben ist davon nicht einmal mehr der schöne Ausblick, weil der Zugang zur Burg seit dem Tod von Frau Michalatsch gesperrt und die Taverne geschlos-

sen ist. Bis heute sind Ausflügler im Ungewissen, ob und wenn ja, in welcher Form die Burg samt Taverne wieder zugänglich wird.

Aus den Medien erfährt man, dass die Stadt Graz an einem konkreten Angebot an Besitzer Auer arbeitet, die Taverne zu mieten oder zu pachten. Hier werden natürlich auch die Kosten für die angedachte Einleitung von Strom und Wasser eine Rolle spielen. Denn bei aller Romantik in der Gaststube muss man auch an die Schinderei in der Küche und die nicht ganz zufriedenstellenden Verhältnisse in den Sanitäranlagen denken.

Auch eine Einbindung des Burgvereins, der sich seit Jahrzehnten um den Erhalt der Gemäuer verdient gemacht hat, erscheint sinnvoll. Schön wäre hier natürlich eine Lösung, die für den Besitzer gangbar, die Stadt leistbar und die Ausflügler absehbar ist.

Die Taverne so wie sie war, taugte nicht zum Locken der Massen und war trotzdem vielen zugänglich. Gerade das macht ihren Charme aus. Abgelegen und trotzdem leicht erreichbar mit Aussichtspunkten wie Jungfernsprung und dem 20 Meter hohen Bergfried und all den anderen schönen Platzerln lockte die Burg

KPÖ-  
Gemeinderat  
Horst Alic



## WUSTEN SIE, ...

...dass der Name Gösting sich vom slawischen Wort für Gaststätte „Gostilna“ ableitet?

...dass die Burg früher eine „Kreidfeuerstation“ war, also eine Art Frühwarnsystem, um vor anrückenden Heeren aus dem Süden oder Osten zu warnen?

...dass die Burg das älteste Gebäude auf Grazer Stadtgebiet ist?

...dass der „Jungfernsprung“, laut Sage nach Anna von Gösting benannt, vermutlich eine altslawische Kultstätte war?

...dass die Cholerakapelle 1833 als Dank dafür errichtet wurde, dass Graz von dieser Seuche verschont wurde? Die Errichtung einer Covidkapelle können wir uns also sparen.



# Zulieferung für die Innenstadt – effizient und emissionsfrei

## Neue Wege im Lieferverkehr

**GrazLog, ein zukunftsweisendes Logistik-Projekt für die Grazer Innenstadt, geht dieser Tage an den Start. Ziel ist es, über ein Verteilzentrum (City Hub) in der Puchstraße die Lieferungen in die Innenstadt intelligent und umweltfreundlich zu organisieren.**

Bei GrazLog geht es um die Abwicklung von Warenlieferungen für die Innenstadtwirtschaft, aber auch für Bewohner\*innen. D.h. nach der Anlieferung per Lkw im Hub in der Puchstraße 41 folgt die Sortierung und optimierte Zusammenstellung der Zustell Touren, die dann mittels E-Transporter oder Lastenrad ins Zentrum geschickt werden. Wer das Angebot nutzt, hat den Vorteil, dass die Lieferzeiten nicht an die Zeit für Ladetätigkeit in der FuZo zwischen 5.00 und 10.00 Uhr gebunden sind, sondern auch außerhalb dieser Zeiten zugestellt werden kann.

Für Private soll das System ebenfalls nutzbar sein. Zusätzliche Serviceangebote wie Unterstützung beim Online-Versand, Paketboxen und eventuell ein Servicecenter in einem Leerstandslokal sind geplant. Die Attraktivität für die Logistikunternehmen will man durch eine transparente, diskriminierungsfreie Betriebsstruktur sicherstellen.

Das Projekt GrazLog – innovative Grazer Logistikopti-

mierung – ist österreichweit einzigartig. Graz ist die erste Stadt, die diese intelligente Innenstadtbeförderung anbieten wird. Das Projekt wurde von der Abteilung für Verkehrsplanung und dem EU-Referat der Stadtbauverwaltung gemeinsam mit der Forschungsförderungsgesellschaft initiiert. In der Startphase übernimmt die Stadt bis Anfang 2023 die Betriebskosten für den Hub, auch die Fahrzeuge werden gefördert. Betrieben wird der Hub durch die Firma Klade, die durch eine Ausschreibung zum Zug gekommen ist.

Stadträtin Elke Kahr: „Ziel ist es, die starke Frequentierung der Innenstadt und der Fußgängerzone durch Lastwagen und Transporter verschiedener Zulieferer zu reduzieren, die Warenanlieferung zu bündeln und für eine emissionsfreie »letzte Meile« zu sorgen. Dazu kommt die Absicht, die Wettbewerbsfähigkeit der Innenstadtwirtschaft durch bessere Servicequalität im Gütertransportbereich zu steigern“.

© ONOMOTION GmbH



## Urbane Güterlogistik im Vergleich

**Europäische Städte haben Lösungen aufgezeigt, wie durch die Einrichtung innerstädtischer Warenumschlagknoten die Last-Mile-Lieferungen umweltfreundlicher durchgeführt werden können.**

In **Barcelona** wird ein Logistikzentrum zentrumsnah beim Fern- und Regionalbahnhof Estació de França betrieben, von dem aus die Waren mittels Lastenrädern in die Altstadt zugestellt werden bzw. auch Waren zum Versand aufgegeben werden können.

**Göteborg** hat das System „Stadsliveransen“ eingerichtet, bei dem mittels spezieller Elektrofahrzeuge von einem Umschlagplatz Waren neutral an die Geschäfte der Innenstadt geliefert werden.

Die italienischen Städte **Padua** und **Vicenza** haben beispielsweise Logistik hubs eingerichtet, von denen eine koordinierte Auslieferung der Waren an die Geschäfte der Innenstädte und Retournierung von z.B. Leergut mittels Elektro- bzw. Erdgasfahrzeugen durchgeführt wird. Diese Hubs werden neutral betrieben und stehen allen Transporteuren zur Verfügung.

**Detailliertes Beispiel: Padua** hat 213.000 Einwohner. Das Projekt Citylogistik startete im April 2004. Der Güterbahnhof befindet sich nur zwei Kilometer von der Innenstadt entfernt und nahe an den Autobahnen. Ein IT-System managt die täglichen Zustellungen. Umweltfreundliche Fahrzeuge werden maximal beladen und zum Transport in die Stadt genutzt, das minimiert die Fahrzeuge. Das System wurde gut angenommen. Waren es 2005 noch 44.472 Lieferungen im Jahr, waren es 2014 bereits 94.076.

In Padua hat man sich innerhalb von 24 Monate angesehen (2008 bis 2010), wie die Einsparungen genau aussehen: 122.170 durchgeführte Lieferungen an 485 Tagen wurden durch 6.306 Fahrten abgewickelt. Dadurch wurden 561.400 Kilometer eingespart. Tägliche Reduktion 1.216 km. Reduktion des Gas-Konsums: 58.200 Liter, Erdgasverbrauch der Fahrzeuge: 3.904 Kilogramm.



Dichter Transporterbetrieb in der Herrengasse

# Sozialberatung für Studierende: KPÖ und KSV starten mit Unterstützungsinitiative

Mit einem Nebenjob in der Gastronomie oder im Handel finanzierten sich viele Studierende ihr Studium und ihre Wohnung oder WG-Zimmer. Viele dieser Jobs sind durch die Corona-Krise weggefallen. „Die Universitäten und Hochschulen sind seit fast einem Jahr im corona-bedingten Notbetrieb“, sagt **Dario Tabatabai** vom Kommunistischen Studierendenverband (KSV) und berichtet: „Auch viele Studentinnen und Studenten sind neben technischen und psychologischen Problemen mit finanziellen Not-situationen konfrontiert.“

Darum startet nun eine Sozialberatung für betroffene Studierende, die der KSV gemeinsam

mit der KPÖ Graz organisiert. KPÖ-Stadtrat Robert Krotzer kennt die Probleme aus seiner eigenen Studienzzeit: „Gerade jetzt geht es darum, rasch und unkompliziert zu helfen, über rechtliche Ansprüche aufzuklären, aber auch ganz konkret etwa bei Mietrückständen finanziell zu unterstützen.“

Wie bei der Mietrechtsberatung mit KPÖ-Stadträtin Elke Kahr geht es um Information und Hilfe in einer schwierigen Zeit. „Es gibt etliche Möglichkeiten, um eine Unterstützung zu erhalten, die oftmals aber nicht bekannt sind. Wir informieren über diese Möglichkeiten und helfen dabei die bürokratischen Hürden zu überwinden“, betont **Dario Tabatabai** und verweist darauf, dass auch die KPÖ-StadträtInnen Elke Kahr und Robert Krotzer mit zwei Drittel ihres Polit-Gehalts Menschen in Notlagen finanziell unterstützen. Diese Hilfsangebote stehen für alle Grazerinnen und Graz offen – und damit natürlich auch für Studierende.

## Härtefallfonds

Die ÖH richtete letztes Jahr für besonders schwer betroffene Studierende einen Härtefallfonds ein. Allerdings war dieser in jeder Hinsicht unzureichend. Der KSV tritt nun für einen Härtefallfonds ein, der wirklich hilft.

NEBENJOB VERLOREN?  
FRAGEN ZU BEIHILFEN?  
PROBLEME MIT DER MIETE?  
**WIR HELFEN DIR WEITER!**

**SOZIAL  
BERATUNG  
FÜR STUDIERENDE**

**NÄCHSTER TERMIN**

15. FEBRUAR · 14–16 UHR  
VOLKSHAUS Lagergasse 98a

**KPÖ** **KSV-KjÖ**  
KSV • Kommunistischer  
Studierendenverband

**Termine:** Montag, 15. Februar: 14-16 Uhr  
Montag, 15. März: 14-16 Uhr  
Montag, 12. April: 14-16 Uhr  
Montag, 3. Mai: 14-16 Uhr

**Voranmeldung:** [graz@comunista.at](mailto:graz@comunista.at)  
[robert.krotzer@stadt.graz.at](mailto:robert.krotzer@stadt.graz.at)

# Spitäler und Pflege brauchen mehr

**Die Hilferufe aus steirischen Pflegeheimen und Spitälern sind unüberhörbar: zu wenig Personal, Arbeitsüberlastung, fehlende Ressourcen. Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) kann trotzdem keinen Grund für Veränderungen erkennen.**

Gab es 1990 noch 8,1 Akutbetten pro 1.000 EinwohnerInnen, so waren es 2017 nur mehr 5,3. Doch ein Intensivbett mit Beatmungsgerät alleine nützt nichts, wenn nicht das dafür nötige hochqualifizierte Personal zur Verfügung steht. Beim



Personalstand liegen Österreichs Spitälern mit 6,9 Pflegekräften pro 1.000 EinwohnerInnen im internationalen Vergleich im untersten

Drittel. Das erklärte Ziel der Landesregierung ist es, zehn bis dreizehn Spitälern zu schließen und insgesamt 950 Betten abzubauen.

Dadurch soll die landesweite Versorgung mit weniger Personal aufrechterhalten werden. Doch auch für ein stark zentralisiertes Spitalswesen fehlen die personellen Kapazitäten. Unattraktive Arbeitsbedingungen tragen dazu bei. Die KPÖ tritt deshalb für grundlegende Änderungen in der Gesundheitspolitik ein. „Die steirischen Krankenhäuser haben nicht zu viele Betten, sie haben zu wenig Personal“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

## Corona-Hotspot Pflegeheim

Auch in vielen steirischen Heimen ist die Lage schwierig.



# Kinder brauchen Profis

## Aktion der KPÖ am Tag der Elementarbildung

Kindergärten und Kinderkrippen sind ein wesentlicher Teil des Bildungssystems. Mit altersgemäßer Elementarpädagogik wird der Grundstein für einen erfolgreichen Übergang zur Schulbildung gelegt. Mit der von der Landesregierung durchgeführten Abwertung der beruflichen Qualifikation für PädagogInnen wird jedoch ein Wechsel in Richtung Aufbewahrungsstätte vollzogen. Damit wird das Versagen der Politik im Bereich der Kinderbildung und -betreuung noch deutlicher.

Die KPÖ hat zum Tag der Elementarbildung am 24. Jänner vor dem Landhaus eine Aktion durchgeführt, um auf diesen Missstand hinzuweisen. Denn unter Landesrätin Bogner-Strauß (ÖVP) ist es nun möglich geworden, dass auch Personal mit geringerer Qualifikation in Kinderbildungseinrichtungen arbeitet. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung, betont KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler. Denn: Kinder brauchen Profis – und PädagogInnen bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung.



# Personal!

Das liegt auch daran, dass Förderungen nicht in mehr Personal und bessere Betreuung fließen, sondern letztendlich die Profite privater Pflegekonzerne von der öffentlichen Hand subventioniert werden. Künftig dürfen Pflegeheime unter gewissen Umständen 10 Prozent an Personal einsparen. Das geht auf Kosten der Pflegebedürftigen und des Personals.

Deutlich fiel die Kritik der Pflegeombudsschaft aus, die davor warnt, dass dadurch „die Pflegequalität massiv sinken würde und die Patientensicherheit nicht mehr gewährleistet wäre.“

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler appellierte an die Landesrätin, gemeinsam mit

dem Landtag nach Lösungen zu suchen. Vergeblich: Sämtliche Vorschläge der KPÖ wurden von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Das Personal in Spitälern und Heimen arbeitet weit über die Belastungsgrenze hinaus. Auch die Bewohner der Heime leiden unter diesen gesundheitsgefährdenden Umständen.“



## KOMMENTAR

**KPÖ** im Landtag

## Schluss mit der Zerstörung von Grünraum!



photostudio44.at

Nicht nur der Grazer Grüngürtel, auch die steirische Berglandschaft ist einem immer stärkeren Druck von „Investoren“ ausgesetzt, die die Landschaft mit Feriendörfern und Freizeitanlagen verbauen wollen. In Eisenerz soll einer der letzten naturbelassenen Seen des Landes, der Leopoldsteinersee, mit einem Chaletdorf verschandelt werden. Das hat der Gemeinderat von Eisenerz beschlossen. Die KPÖ hat als einzige Partei dagegen gestimmt.

Ich habe bei der Umweltlandesrätin nachgefragt und die Information bekommen, dass die Gemeindeaufsicht eingeschaltet ist. Alles andere müsse man abwarten. Da wäre eine klare Haltung wünschenswert, statt darauf zu hoffen, dass die Behörden das Projekt stoppen.

Was sind all die Phrasen vom Umwelt- und Klimaschutz wert, wenn die Regierung nicht in der Lage ist, ein solches Projekt zu verhindern? Durch die Bebau-

ung wäre die einzigartige Landschaft für immer zerstört, auch der Erholungswert geht verloren – außer für die wenigen, die sich dort ein Chalet leisten können. Gerade der unberührte Charakter der Landschaft zieht viele an, ein stark verbautes Land wird für Erholungsbedürftige zunehmend unattraktiv. Eine ‚touristische Entwicklung‘ im positiven Sinn wäre es, den Leopoldsteinersee vor solchen Plänen zu bewahren. Dann würde der Erholungswert für alle erhalten bleiben, ebenso der Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Wenn wir wollen, dass die nachfolgenden Generationen unberührte Natur nicht nur in Geschichtsbüchern anschauen können, müssen wir das Zubetonieren der Landschaft stoppen.

**LAbg. Claudia Klimt-Weithaler**  
Tel. 0316 / 877-5104  
ltk-kpoe@stmk.gv.at

## Polit-Gehälter senken!

Immer wieder tritt die KPÖ im Landtag für eine Senkung der Politikerbezüge ein. Gerade in schweren Zeiten ist es notwendig, dass sich Politiker\*innen in die Lage von Menschen versetzen können, die weniger Einkommen haben. Die Realität ist: Die Abgeordnete

im steirischen Landtag waren 2020 vom Jahres-Durchschnittseinkommen (31.579 Euro) mit 82.726 Euro brutto weit entfernt. Der Antrag der KPÖ, die Bezüge um 30 Prozent zu senken, wurde aber von allen anderen Landtagsparteien abgelehnt.

### Die Bezüge in der Steiermark 2021 (brutto, 14 Mal pro Jahr)

|                              |             |
|------------------------------|-------------|
| Landeshauptmann              | 17.533 Euro |
| LH-Stellvertreter            | 16.610 Euro |
| Mitglied der Landesregierung | 15.688 Euro |
| Klubobleute                  | 11.535 Euro |
| Abgeordnete zum Landtag      | 5.998 Euro  |

Widerstand, Wiederaufbau und Kalter Krieg

# Sepp Filz: Partisan und Befreier

**Vor 75 Jahren musste der steirische Widerstandskämpfer, Partisan und Betriebsratsobmann der Alpine Montangesellschaft in Leoben, Sepp Filz, nach St. Pölten „emigrieren“. In der Steiermark bekam er keine Arbeit mehr.**

Dass er nach jahrelangem Kampf gegen den Austrofaschismus und Nationalsozialismus sowie nach 1945 für den Wiederaufbau, für soziale und politische Rechte und gegen den Neofaschismus Berufsverbot bekam, hängt mit einem Stück österreichischer Zeitgeschichte zusammen. Ein neues Buch erinnert nun an Sepp Filz.

Sepp Filz wurde 1906 in Donawitz geboren, wo er – wie schon sein Großvater und Vater – im Hüttenwerk Donawitz Arbeit fand. Politische und soziale Kämpfe gegen Versuche, die gerade erst erlangten Rechte der Arbeiter zurückzudrehen, führten bereits 1922 dazu, dass er sich der KPÖ anschloss. Nach der Lehre zog es ihn 1924 hinaus in die Welt. Er ging auf Walz. Als er 1932 wieder heimkam, fand er eine bankrotte Stadt vor: Wiener Zeitungskommentatoren nannten Donawitz, wo bis vor kurzem Hochöfen die Luft verpesteten, einen Luftkurort. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebte von der Arbeitslosenunterstützung, viele Tausend erhielten nicht einmal diese. Er wurde wieder politisch aktiv: Fast täglich kam es zu Kundgebungen, Hungerdemonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Heimwehr und den Nationalsozialisten. Nach den Februarkämpfen 1934 kurzzeitig in Haft, war er bald wieder führend im Kampf gegen die austrofaschistische Diktatur aktiv. 1935 fuhr er als Delegierter nach Moskau, wo der Weltkongress der Kommunistischen Internationale tagte. Wieder zurück in der Stei-

ermark, propagierte er vielerorts die zentrale Losung: Schaffung einer antinationalsozialistischen Abwehrfront. Der austrofaschistische Staat verhaftete ihn 1936 erneut und klagte ihn des Hochverrats an.

## Bei den Partisanen

Nach dem „Anschluss“ 1938 verhielt er sich eine Zeit lang unauffällig, ehe er 1941 wieder aktiv wurde, weshalb er im Frühjahr 1943 untertauchen musste. Gemeinsam mit einigen Genossen ging er zu den slowenischen Partisanen, in deren Reihen er mehrere Monate mitkämpfte. Im Sommer 1943 kehrte er wieder in die Obersteiermark zurück. Hier baute er gemeinsam mit anderen die Österreichische Freiheitsfront (ÖFF) auf, um „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einschließlich Waffengebrauch gegen die faschistischen Okkupanten und ihre österreichischen Helfershelfer zu kämpfen“. Im Frühjahr 1944 begannen die Partisanen der ÖFF mit Sabotageakten, sprengen Gleisanlagen und lieferten sich Gefechte mit den Verfolgern.

## Rettung des Hüttenwerks

Als das NS-Regime im Mai 1945 „verbrannte Erde“ hinterlassen wollte, drangen die Partisanen um Sepp Filz in das Hüttenwerk Donawitz ein, entwaffneten den Werkschutz und sicherten die Anlagen. In der

Folge besetzten sie die Ämter der Stadt und des Bezirks, bauten einen Ausschuss auf, dem Filz vorstand, und begannen mit dem Wiederaufbau und der Entnazifizierung. Nachdem Ende Juli 1945 die Briten als Besatzer kamen, wurde die ÖFF und der Ausschuss aufgelöst. Filz wurde Betriebsratsobmann in Donawitz und wirkte in den ersten Jahren mit, dass Schrott, Geld und Essen für die Arbeiter des Hüttenwerks Donawitz bereitstanden, damit, wie er Bundeskanzler Karl Renner 1945 versichert hatte, aus den dortigen Hochöfen bald Eisen fließen werde. Am 10. August 1946 war es schließlich soweit, der erste Hochofen ging wieder in Betrieb, weitere folgten. Das Überleben des Standorts Donawitz war gesichert.

## Verhaftet und entlassen

Doch bald schon warf der Kalte Krieg seine Schatten auch auf Donawitz. Sepp Filz fiel ihm schließlich zum Opfer. Nach dem Oktoberstreik 1950 gegen das Lohn-Preis-Abkommen wurde er wie alle anderen kommunistischen Betriebsräte verhaftet und fristlos entlassen. Nach dreizehntägiger Untersuchungshaft musste die Alpine ihn zwar wieder einstellen, doch nur mehr für wenige Wochen.

Im Februar 1951 wurde er zu sechs Monaten schwerem Kerker verurteilt, da er am 20. April (!) 1950 eine unter Polizeischutz stehende Versammlung des „Verbands der Unabhängigen“ in Leoben mit den Worten „Hier haben Faschisten nichts zu suchen“ gestürmt und dabei angeblich einen Polizisten verletzt hatte.

Obwohl in der Steiermark zu diesem Zeitpunkt Facharbeitermangel herrschte und er mit den Direktoren mehrerer Leobener Betriebe noch aus der Zeit des von ihm geleiteten Industrieausschusses im Jahr 1945 bekannt war, bekam er in der Steiermark keine Arbeit mehr.

Obgleich in der Steiermark zu diesem Zeitpunkt Facharbeitermangel herrschte und er mit den Direktoren mehrerer Leobener Betriebe noch aus der Zeit des von ihm geleiteten Industrieausschusses im Jahr 1945 bekannt war, bekam er in der Steiermark keine Arbeit mehr.

**Heimo Halbrainer:** Sepp Filz. Walz, Widerstand, Wiederaufbau. Geb., 334 Seiten (ISBN 978-3-902542-80-9), 25,00 Euro. Bestellung unter: [verlag@clio-graz.net](mailto:verlag@clio-graz.net)



Sepp Filz als Wintersportler



Sepp Filz im Werk Donawitz



# Eingriffe ins Pensionssystem



## Die Gewerkschaft sagt deutlich „Nein!“ zum verpflichtenden Pensionssplitting!

Mit der Abschaffung der abschlagsfreien „Hacklerregelung“ und der Abschaffung der vollen ersten Pensionserhöhung nach dem Pensionsantritt haben ÖVP und Grüne gerade erst zwei Verschlechterungen im Eilzugstempo beschlossen.

Es droht jedoch schon der nächste zweifelhafte Eingriff ins Pensionssystem: ein verpflichtendes Pensionssplitting nach dem vollendeten vierten Lebensjahr

des Kindes. Die ÖGB-Frauen lehnen dieses Modell aus gutem Grund ab. Es entsteht damit eine Verlagerung des Problems niedriger Frauenpensionen in die Familie, obwohl es sich dabei eigentlich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Ungeklärt sind die Folgen bei wechselnden Familienkonstellationen und auch Alleinerzieherinnen drohen dabei draufzuzahlen. Auch ist bei diesem Modell nicht mehr jedes Kind für die Pension gleich wert, die Höhe des Pensionsbeitrages hängt vom Partnereinkommen ab.

Im Gegensatz dazu sieht

das ÖGB-Modell eine bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten vor. Bisher werden nur die ersten vier Lebensjahre des Kindes auf die Pension angerechnet, damit steigt die monatliche Pension pro Kind um lediglich 117 Euro. Geht es nach der Gewerkschaftsforderung, sollen das zukünftig acht Jahre sein. Die Beiträge sinken nach dem vierten Lebensjahr stufenweise mit dem zunehmenden Alter des Kindes, werden aber zusätzlich zum eigenen Erwerbseinkommen gewährt.

Flankiert werden soll das etwa durch einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr und das Recht, von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln.

Im Gegensatz zu den Regierungsplänen führt das Gewerkschaftsmodell zu einer Erhöhung der Frauenpensionen, ohne die Pension des Partners im Gegenzug im gleichen Ausmaß zu kürzen. Die Haushaltseinkommen in der Pension steigen somit und auch Menschen ohne eigene Kinder tragen mit ihrem Steueraufkommen bei der Pensionsfinanzierung zu einer gerechten Verteilung bei.

## KOMMENTAR



FOTO: KPÖ

## Altersarmut verhindern!

Bald ist es wieder soweit. Jedes Jahr wird am 8. März der Internationale Frauentag begangen. Und nach wie vor sind Frauenpensionen im Schnitt deutlich niedriger. Eines darf jedoch nicht passieren: dass die Lücke dadurch geschlossen wird, dass in Zukunft beide Geschlechter kaum genug zum Leben in der Pension haben.

Wer sich ernsthaft für eine bessere Absicherung im Alter einsetzt, der muss jetzt handeln und das Problem nicht Jahrzehnte in die Zukunft verschieben. Aber genau das passiert beim Pensionssplittingmodell der türkis-grünen Regierung. All jene Frauen, die keine Kinder mehr bekommen und in den nächsten Jahren in Pension gehen, gehen hier leer aus. In aufrechter Beziehung ändert sich zudem nichts am Haushaltseinkommen.

Es ist daher höchst an der Zeit, dass die Pensionen von Arbeiterinnen und Arbeitern endlich angemessen aus dem Budget mitfinanziert werden. Von der ursprünglich angedachten Drittelfinanzierung ist nämlich nichts zu sehen, der Bundesbeitrag zu den rund 40 Milliarden Euro Einnahmen der PVA beträgt gerade einmal 3,7 Milliarden Euro. Eine bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten und die Finanzierung aus dem Budget wäre ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings nur einer von vielen, die noch notwendig sind.

**Georg Erking** ist Bundesvorsitzender des GLB und steirischer Arbeiterkammerrat des GLB.

**Sie haben Fragen oder Anliegen zu Beruf und Arbeitswelt?**

**Rufen Sie uns an!**

**0677/612 538 99**

**glb@glb-steiermark.at**

**GLB Gewerkschaftlicher Linksblock**



# Frontex: Teure Feiern auf Steuerkosten

**Die EU-Grenzagentur Frontex macht täglich Schlagzeilen. Dabei geht es fast immer um Übergriffe gegen Migranten oder um markige Sprüche rund um die „Festung Europa“. Diesmal gibt es Schlagzeilen anderer Art.**

Frontex hat sich nämlich ein Festessen im Warschauer Luxusrestaurant Belvedere im Mai 2015 exakt 94.000 Euro kosten lassen. Und das auf Kosten der EU-Bevölkerung.

## Buchtipps: Nachruf auf die EU

Die Europäische Union wurde oft als große zivilisatorische Errungenschaft angepriesen. Frieden, Wohlstand, Demokratie und Menschenrechte seien in der EU besser aufgehoben als in der „Kleinstaaterei“. Die Wirklichkeit unterscheidet sich stark von diesem Anspruch. Die „vier Grundfreiheiten“ der EU sind in erster Linie Freiheiten der Konzerne, nicht der 450 Millionen Menschen, die in der EU leben. Dass die durchschnittlichen Einkommen in Österreich seit dem Beitritt 1995 stagnieren, ist kein Zufall. Gibt es Wachstum in der EU, profitieren meist nur die oberen Einkommen spürbar.

In seinem Buch „Europa. Ein Nachruf“ zeichnet Hannes Hofbauer die Entstehung der politischen Idee von „Europa“ in seinen verschiedenen Gestalten nach und macht deutlich, wie weit die Europäische Union von ihren Idealen entfernt ist.

Hannes Hofbauer macht darauf aufmerksam, dass es sinnvoll ist, sich über ein Scheitern der Brüsseler Union Gedanken zu machen. Sollte es dazu kommen, braucht es soziale, ökologische und demokratische Alternativen. **Hannes Hofbauer, Europa. Ein Nachruf, Wien (Promedia-Verlag) 2020. 272 Seiten, 22 Euro. ISBN 978-3-85371-475-1**

Das Festessen fand im Rahmen des Tages der europäischen Grenz- und Küstenschutztruppen statt und kostete die EU-Steuerzahler insgesamt 360.499 Euro an nur einem Tag!

In dieser Summe sind 91.818 Euro für die Miete des Konferenzzentrums und 56.118 Euro für Spesen der Konferenzteilnehmer enthalten.

Im Jahr 2018 gab man 580.152 Euro für das Jahrestreffen aus, zwischen 2015 und 2019 waren das insgesamt 2,1 Millionen Euro!

## Frontex feiert sich selbst auf Staatskosten.

Und das Gesamtbudget der Agentur steigt rasant an. 2005 hatte man für Frontex 6 Millionen Euro veranschlagt, derzeit liegt man bei 500 Millionen Euro. Und für die Budgetperiode bis 2027 sind 11 Milliarden Euro veranschlagt. Diese Tatsache wurde vom Internetportal EU Observer enthüllt. Auch „Die Presse“ berichtete am 19. Jänner 2021 in einem Artikel über das protzige Festessen in Warschau.



EU-Grenzagentur FRONTEX: 500 Millionen Euro Budget.

## EU-Reklame und Wirklichkeit

**Nach dem Austritt Großbritanniens hat die EU Erklärungsbedarf. Es dürfte zwar – wie der Autor David Schalko in einem Interview festgestellt hat – leichter sein, aus der Sekte Scientology auszutreten als aus der Europäischen Union. Aber das ist jetzt geschehen.**

Die Vorgänge um die Beschaffung des Corona-Impfstoffes haben das Licht der EU nicht heller leuchten lassen. Deshalb wird jetzt große Propaganda rund um den Wiederaufbaufonds der EU gemacht. Für dieses 750 Milliarden-Euro-Programm werden erstmals von der EU selbst Schulden aufgenommen.

Es ist bezeichnend, dass dieser „Wiederaufbaufonds“ massiv von den dominanten transnationalen Kapitalfraktionen (u.a. der „europäischen Industriellenvereinigung“ – BusinessEurope) gepusht worden ist.

So überrascht es nicht, dass mit dem Wiederaufbaufonds vor allem drei Projekte verfolgt werden:

1. Die Mittel aus dem Fonds dienen der Machterhaltung der Banken und Konzerne. Hier wird nicht die notwendige Zurückdrängung des Profits – z.B. durch massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs – angestrebt, sondern die Schaffung neuer Anlagefelder (E-Auto, Wasserstoffallianz...).

2. Genauso wird dadurch eine neuerliche Ausweitung der Ausgaben für „Verteidigung“, Polizeistaat und das EU-Grenzregime ermöglicht.

3. Dass es hier nicht um etwas völlig Neues geht, sondern um die verbesserte Durchsetzung des Alten, wird schließlich in einer entscheidenden Bedingung deutlich: Geld gibt es nur, wenn die neoliberalen Strukturreformen der EU umgesetzt werden: So empfiehlt die Kommission von Pensionskürzungen bis zur Deregulierung des Mietrechts alles das, was neoliberalen Dogmatikern am Herzen liegt.

Darauf weist Lukas Oberndorfer in der Zeitschrift Kurswechsel hin. (<https://bit.ly/3nUdIn6>).



## GRAZER TRADITIONSBETRIEBE: LINDENWIRT

# Wirtsleute aus Leidenschaft

**Die Corona-Pandemie hält die Wirtschaft in Atem, und die Gastronomie ist eine jener Sparten, die besonders betroffen sind. Aber der Lindenwirt in Graz-Wetzelsdorf versucht auch im Lock-down, Kontakt zu seinen Stammgästen zu halten.**

Man kann bei uns Essen abholen, und das wird auch gut angenommen“, erzählt uns Chefin Carmen Poglitz-Raffler. „Den älteren, gebrechlichen Stammgästen wird das Essen pünktlich zu Mittag zugestellt, wir sehen das auch als soziale Aufgabe.“

Der Lindenwirt beschäftigt 20 Mitarbeiter, die sich in Kurzarbeit befinden, aber ihre vollen Bezüge erhalten.

Die Familie Grabitzer (Vorfahren der Familie Poglitz) hat das Gebäude erstmals 1896 als Gaststätte verwendet. Seniorchef Günter Poglitz erinnert sich, dass er auf dem Holzgeländer, das auf dem historischen Photo zu sehen ist, als kleiner Bub Anfang der Fünfziger-Jahre herumgeturnt ist: „Das Geländer diente ursprünglich auch zum Anbinden von Pferden.“

Das Äußere des Gasthauses hat sich im Lauf der Jahrzehnte stark verändert: Jede Generation hat dazugebaut, der letzte große Umbau fand 2010 statt.

Die jüngere Vergangenheit war von Günter und Sissy Poglitz geprägt: Günter hatte schon im elterlichen Betrieb gearbeitet, als er 1969 Sissy kennenlernte, die damals beim Lindenwirt als Kellnerin anfing. 1972 haben sie geheiratet, 1976 das Gasthaus übernommen. Nächstes Jahr feiern die beiden ihr 50-jähriges Hochzeitsjubiläum, im eigenen Haus und mit damaligen Hochzeitsgästen!

Günter Poglitz, der im Steirerhof gelernt hatte, wollte mehr als ein Restaurant betreiben, und so hat man 1980 mit dem Hotelbetrieb begonnen. Gattin Sissy erinnert sich: „Gemeinsamen Urlaub hat es 30 Jahre lang nie gegeben, einer war immer im Haus.“

Heute sind Günter und Sissy die „grauen Eminenzen, die alten Springer“, die noch immer jeden Tag im Betrieb sind und den Laden schaukeln, wenn die Jugend einmal auf Urlaub fährt.

„Die Jugend“, Carmen Poglitz-Raffler und Ehemann Hannes, hat das Gasthaus 2010 übernommen. Carmen hatte als „Spätberufene“ Erfahrungen im Grazer Kongress, in den USA („White Barn Inn“ in Maine) und im „Liwi-Pub“ in der Straßganger



Hannes, Carmen und Lilly Poglitz-Raffler, Sissy & Günter Poglitz (von links)

Strasse, das die Familie 20 Jahre lang betrieben hat, gesammelt. In den elterlichen Betrieb ist sie eher zufällig „gerutscht“, nachdem sich ein Koch verbrüht hatte und sie eingesprungen ist.

Ehemann Hannes hat nach eigener Aussage „lebenslänglich“ beim Lindenwirt: Nach der Lehre im Haus (1993-1996) hat er gleich als Kellner weitergemacht, und seit 2004 sind Carmen und Hannes ein Paar. Seine vier Geschwister sind allesamt in der Gastronomie tätig, „vom steirischen Umland bis nach Oberösterreich verteilt.“

Tochter Lilly (10) besucht seit dem sechsten Lebensjahr eine Kochschule und will einmal „in die Hotelfachschule gehen“. Mutter Carmen betont aber, dass von Lilly nicht erwartet wird, das elterliche Haus einmal weiterzuführen.

Der Lindenwirt ist für sein gutes Essen bekannt, und hat sich auch einen Ruf als Ausbildungsstätte erworben. Im Jahr 2000 wurde das mit einer Auszeichnung für Lehrlingsausbildung gewürdigt: Beim Lindenwirt haben hunderte junge Menschen ihre Lehre absolviert, Seniorchefin Sissy erinnert sich an einen Höchststand von „16 Lehrlingen gleichzeitig.“

Die Lehrlinge werden beim Lindenwirt sofort ins Tagesgeschehen eingebunden, von der Essenszubereitung in der Küche über das Tischdecken bis zum Servieren.

Carmen Poglitz-Raffler bedauert, dass es schwieriger geworden ist, Lehrlinge zu finden: „Alle wollen die Matura. Lehrberufe werden generell als weniger attraktiv empfunden. Ich finde das schade, weil ja viele junge Menschen vielleicht handwerklich talentierter und mit einer Lehre besser dran wären.“

Wir hoffen, dass der Lindenwirt noch vielen jungen Menschen den Berufseinstieg ermöglichen wird, und wir bald wieder die Gastfreundschaft dieses beliebten Familienbetriebs genießen können!



## Lindenwirt

Peter-Rosegger-Strasse 125,  
8052 Graz  
Speisen telefonisch bestellen  
und abholen:  
Montag bis Samstag 11-18 Uhr  
Sonntag 11-16 Uhr  
Tel. 0316/281901  
office@lindenwirt.at  
www.lindenwirt.at  
Zustellung in Wetzelsdorf/  
Eggenberg/Straßgang



## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

### In Graz geht die Post ab!

„Mein“ Postamt war in der Peter-Tunner-Gasse. Das war praktisch, ich wohne ums Eck. Dann wurde dieses Postamt zugesperrt und wanderte in eine Bank in die Karl-Morre-Straße. Das war schon weit weg.

Dann verschwand das Postamt und nun ist es in der Eckertstraße und hat nicht einmal Parkplätze. Es ist nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Man muss mit dem Auto oder mit dem Rad fahren, und wenn man mit dem Auto fährt, muss man auf der Straße stehen oder auf den Parkplätzen der in der Nähe befindlichen Geschäfte, die das jedoch gar nicht gerne sehen.

Wenn man ein großes oder schweres Paket abholt oder bringt, hat man Pech. Man muss schleppen. Dieses Postamt bzw. seine Lage ist eine Zumutung. Auf Nachfrage wurde mir geantwortet, dass die Lage schon im Hinblick auf gute Infrastruktur für das neue Viertel Reininghaus so gewählt wurde.

Na, ich danke. Parkplätze oder Öffis-Anbindung gibt es auch für

die neuen Bewohner nicht. Und wie kommen wir „von der anderen Seite“, Richtung Gösting, dazu, dass unser Postamt immer weiter in die Ferne wandert?

Ich empfinde es als Frechheit, dass die Post die Verschlechterung des Service als Zuckerl präsentiert: Postamt gibt es keines mehr; Menschen sind keine mehr da, aber Sie, der Kunde, können 24 Stunden täglich Ihr Paket bei einer Selbstbedienungsstation abgeben und holen. Na, super! Danke! Das nenn ich Dienstleistung! Ich darf alles selber machen, juhu! Wann merken die Postler, dass sie sich so selber wegrationalisieren?

Mag. Michaela Puntigam

### Danke

Ich möchte mich noch einmal recht herzlich für die finanzielle Unterstützung zur Umgestaltung unserer Straße vor der VS Hirten zur Wohnstraße bedanken. Die Spiele, die aufgemalt wurden, sind sehr hübsch geworden und eine Bereicherung für unsere Kinder. Gerade in Coronazeiten, wo wir auch in den Pausen auf den Park ausweichen, ist es ideal.

Vielen, vielen Dank im Namen

unserer Schülerinnen und Schüler und des Teams der VS Hirten

VDir. Luise  
Said-Windhaber-Herbst

### Gebührenstopp

Ein großes Lob zu Ihrem unermüdlichen Kampf bezüglich Gebühren und auch der Wohnbaulobby (leistbares Wohnen).

Was aus meiner Sicht zu wenig thematisiert wird, sind die jährlichen Beitragserhöhungen bei diversen Versicherungen, die „Wertanpassung“ genannt werden.

Ich bin seit Dezember 2011 in Pension. In dieser Zeit wurden die diversen Versicherungen durchschnittlich um 3 Prozent pro Jahr erhöht (8 Jahre: 24 Prozent). Im gleichen Zeitraum hat sich die Pension um durchschnittlich ca. zwei Prozent brutto erhöht (8 Jahre: 16 Prozent abzüglich Lohnsteuer und Krankenversicherung = netto 11 Prozent).

Ein treuer Stadtblattleser

### Ende des Zubetonierens

Das „Stadtblatt“ ist eine gute Informationsquelle! Die jährliche Erhöhung von Betriebskosten lehne ich ab! Auch hoffe ich auf das Ende des Zubetonierens von Graz.

Eine große Bitte wäre für Schulkinder, ältere Menschen, aber auch Radfahrer: die Verlängerung des Geh- (und eines Radweges) ab Stadtgrenze zumindest bis zur Haltestelle Graz-Wetzels-

dorf-Auhof, bzw. bis Einmündung in Niederberg.

Ingrid Kronawetter

### Weihnachtsaktion

Mit der Weihnachtssackerl-Aktion hat die KPÖ im vergangenen Dezember vielen Menschen große Freude bereitet. Eine tolle Idee, die ihresgleichen sucht! Herzlichen Dank dafür!

Klaus Hyden

### KLEINANZEIGEN

Suche verlässlichen, ehrlichen, rüstigen Pensionisten für **Gartenarbeit** in Graz. Benzinrasenmäher, Benzintrimmer, PKW und eventuell Anhänger erforderlich. Tel. 0316/28 38 57.

Krankenpflegerin sucht **Wohnung oder Haus privat** zu kaufen. Leibrente möglich. Auch renovierungsbedürftig. 0650/201 3328.



**LGBTIQ+**  
offener Stammtisch  
jeden ersten  
Dienstag im Monat  
18.30  
in der  
Pizzeria  
Contra Punto  
Kosakengasse 9  
8020 Graz  
Infos:  

### Red:Out!

Wer sind wir?  
Wir Red:Out!, sind die Queer-Gruppe der KPÖ Steiermark und wir wollen die Sichtbarkeit von linken LGBTIQ+ Personen erhöhen.  
Wir sind für die Gleichstellung von LGBTIQ+ Menschen auf allen Ebenen.  
<https://wicasa-winu-akademie.coachy.net/lp/red-out-kpoesteiermark>  
[facebook.com/QueerGruppe/](https://facebook.com/QueerGruppe/)  
[instagram.com/redoutsteiermark/](https://instagram.com/redoutsteiermark/)

### Alte Firmen-Aufschriften, Teil 9



### Gastwirtschaft zum Alten Posthof, Stiftingtalstraße 207

Stadtblatt-Leser Andreas Stangl hat uns dieses stimmungsvolle Foto zugesendet. Zur Baugeschichte des Hauses Stiftingtalstraße 207 kann man bei [www.grazwiki.at](http://www.grazwiki.at) nachlesen. Demnach stammt das Gasthaus aus dem Ende des 18. Jahrhunderts und hatte bis in die 1980er-Jahre geöffnet. Leider ist das Gebäude nicht denkmalgeschützt.



Zur „Fleischerei Kogler“ (Firmenaufschriften, Stadtblatt November 2020) schreibt uns Hildegard Wagner, dass das Geschäft bis ca. 1987/88 geöffnet hatte. Ihr Vater war in den Fünfzigerjahren mit Herrn Kogler befreundet, der die Fleischerei in zweiter Generation führte.

Peter Senger erzählt, dass er mit seiner Jausenrunde „BP Austria Lastenstraße“ von ca. 1965 bis 1980 die Wurstsammeln bei der Fleischerei Kogler besorgt hat, die er „geschmacklich in bester Erinnerung“ hat.

### GRAZER Stadtblatt

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungs-ort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.







# STADTSPAZIERGÄNGE

**Graz aus neuen Perspektiven kennenlernen.** Der KPÖ-Bildungsverein lädt herzlich zu geführten Stadtsparziergängen ein:

**FRAUENSTADTSPAZIERGANG zum Internationalen Frauentag**  
**Streifzüge durch die Geschichte der Frauenbewegung mit Mag.<sup>a</sup> Natalie Ziermann**  
Freitag, 12. März, 13 und 15 Uhr

**GRAZ IM ZWEITEN WELTKRIEG**  
**mit Mag.<sup>a</sup> Ruth Nezmahen**  
Freitag, 19. März, 15 Uhr

**SEXARBEIT IN GRAZ**  
**mit Mag.<sup>a</sup> Michaela Engelmaier**  
Freitag, 9. April, 15 Uhr

**ARBEITERFUSSBALL IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT**  
**mit Mag. Michael Rath** – Freitag, 16. April, 15 Uhr

Wir bitten um **Voranmeldung** per Mail an [bildungsverein@kpoe-steiermark.at](mailto:bildungsverein@kpoe-steiermark.at). Danke!

Nähere Infos auf [kpoe-bildungsverein.at](http://kpoe-bildungsverein.at) und [fb.com/kpoebildungsverein](https://fb.com/kpoebildungsverein). Den jeweiligen Treffpunkt teilen wir Ihnen als Antwort auf Ihre Anmeldung mit. Die TeilnehmerInnenzahl ist begrenzt. Die Spaziergänge finden nur statt, wenn die Covid-Vorschriften es erlauben.

**KPÖ**  
BILDUNGSVEREIN



Anregende Diskussionen über gesellschaftliche und politische Fragen bringt **AUF AUGENHÖHE** per Video und als Podcast zu Ihnen nach Hause!

Ob die Elementarpädagogin Judith Ernst, die Black-Lives-Matter-Aktivistin Precious Nnebedum oder der deutsche Autor Werner Rügemer – bei der neuen YouTube-Sendung des KPÖ-Bildungsvereins ist mit Sicherheit auch für Sie etwas dabei!

Jetzt reinschauen und abonnieren! Auf YouTube nach **AUF AUGENHÖHE KPÖ** suchen oder einfach den **QR-Code unten scannen**. Gute Unterhaltung!



## JETZT NEU!

# AUF AUGENHÖHE

